



**MARCHIVUM**

MANNHEIMS ARCHIV  
HAUS DER STADTGESCHICHTE  
UND ERINNERUNG



## **MARCHIVUM Druckschriften digital**

### **General-Anzeiger der Stadt Mannheim und Umgebung. 1886-1916 1909**

84 (19.2.1909) Abendblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-314332](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-314332)

# General-Anzeiger



Abonnement:

(Badische Volkszeitung.)

der Stadt Mannheim und Umgebung.

(Mannheimer Volksblatt.)

Telegramm-Adresse:

„General-Anzeiger Mannheim“.

Telefon-Nummern:

Direktion u. Buchhaltung 1449

Druckerei-Bureau (An-

nahme-Druckarbeiten) 341

Redaktion . . . . . 877

Expedition und Verlags-

buchhandlung . . . . . 818

## Badische Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung.

Gefestete und verbreitetste Zeitung  
in Mannheim und Umgebung.

Täglich 2 Ausgaben  
(ausgenommen Sonntag)

Eigene Redaktionsbureaus  
in Berlin und Karlsruhe.

Schluss der Inseraten-Aufnahme für das Mittagsblatt Morgens 4 1/2 Uhr, für das Abendblatt Nachmittags 3 Uhr.

**Inserate:**  
Die Einzelzeile . . . 25 Hg.  
Ausdrückliche Inserate . . .  
Die Reklamezeile . . . 1 Mark

Nr. 84.

Freitag, 19. Februar 1909.

(Abendblatt.)

### Die Parlaments-Eröffnung.

(Von unserm Londoner Bureau.)

London, 17. Febr.

Mit allem historischen Gepräge und dem Pomp, den die reichste Aristokratie der Welt entfalten kann, ist gestern das Parlament eröffnet worden. Zum achten Mal seit der Thronbesteigung König Edwards, und niemals hat es der König verümt, die Eröffnung in Person, zu vollziehen und selbst die Thronrede im Oberhause zu verlesen. Ein guter Teil seiner Popularität beruht ja darauf, daß er die Repräsentationspflichten der Krone willig und offenbar auch mit einem gewissen Geschick daran übernommen hat. Der größte Teil der Thronrede war der auswärtigen Politik gewidmet, und es wurde sehr bemerkt, in wie orientativer Weise die sehr warme Erwähnung des Berliner Königsbesuches an die Spitze gestellt war. Ein Punkt, der durch die zustimmenden Worte Lord Lansdownes, des Führers der Opposition im Oberhause und des früheren Vorkämpfers des Foreign Office, noch an Bedeutung gewann. Das bestätigt, wie der „Daily Graphic“ heute sagt, den allgemeinen Eindruck, daß der Berliner Besuch nicht nur ein Akt internationaler Höflichkeit gewesen, sondern daß wirklich etwas geschehen sei, was den beiden Nationen zu großem Vorteil gereiche und den Frieden befestigen werde.

Die liberale Regierung hat bisher die beiden Klippen zu vermeiden gesucht, die den beiden letzten liberalen Ministerien verhängnisvoll geworden sind. Das Gladstone'sche Ministerium von 1880-85 ging an seiner auswärtigen Politik zugrunde. Die letzte liberale Regierung scheiterte zum guten Teil an den wehrpolitischen Fragen; wegen des Flottenetat trat Gladstone 1894 von dem Posten des Premierministers zurück, und ein Jahr später resignierte das Kabinett Rosebery, als es bei einer Abstimmung über eine militärische Frage die Mehrheit im Parlament verlor. Heute kann das Kabinett Asquith in der auswärtigen Politik auf die Unterstützung der Opposition ebenso rechnen wie auf die der Ministeriellen. Mr. Balfour sprach gestern bei der Adreßrede seine Bemerkung darüber aus, wie die auswärtige Politik aus dem Vorteilkampf ausgeschaltet sei, und kaum jemand besitzt heute auf beiden Seiten des Unterhauses sowie persönliches Vertrauen als der Staatssekretär des Auswärtigen, Sir Edward Grey. Wenn sich gegenüber der englischen Politik in Persien einige Opposition regt, so bedeutet das nicht viel gegenüber der allgemeinen Zufriedenheit mit der Fortsetzung der Lansdowne'schen Politik, dem Abkommen mit Rußland, den Erfolgen in der Balkanpolitik und jetzt auch dem Besuch König Edwards in Berlin. In der Kolonialpolitik war das liberale Kabinett in seinen Anfängen starken Angriffen ausgesetzt, vor allem wegen seines Verhaltens in den südafrikanischen Fragen. Die Unionisten beanstandeten namentlich, daß den beiden früheren Republikern ohne eine längere Uebergangszeit das Recht der Selbstregierung verlesen wurde. Aber jetzt erklärt selbst ein Blatt wie die „Times“ ganz offen, daß die Erfahrung jenes Experiment gerechtfertigt habe. Endlich hat die liberale Regierung auch in den wehrpolitischen Fragen die Politik ihrer Vorgänger fortgesetzt. Die mili-

täre Reform, an der sich eine ganze Reihe unionistischer Kriegsminister vergeblich versucht hatten, ist durch Mr. Sal- dane ein gut Stück vorwärts gebracht worden. Die derzeitige Ueberlegenheit der britischen Flotte wird von den ausgesprochensten Jingo's nicht geleugnet, und bei dem lärmendsten Zeitungsstreit um die Aufrechterhaltung des Zweinächte- Standards handelt es sich nicht um die Gegenwart, sondern um die Zukunft. Was den kommenden Flottenetat betrifft, so scheint allerdings, wie es ja kaum anders zu erwarten war, daß Meinungsverschiedenheiten im Kabinett selbst bestanden haben. Aber man kann aus der radikalen Presse selbst entnehmen, daß die Gegner einer beträchtlichen Flottenverläufung im Lande wenig zahlreich und wenig rührig sind.

Trotz alledem ist die allgemeine Lage der Regierung nicht die günstigste, und die jetzige Session ist die am meisten kritische in ihrer Laufbahn. Die beiden Gezeihorlagen, die sie in so scharfen Gegensatz zu dem Oberhause gebracht haben, die Schwebel und die Schankvorlage, hatten im Lande keineswegs ein besonders hohes Maß von Begeisterung oder Aufregung hervorgerufen, und der angekündigte Kampf gegen das Oberhaus war von der Nation mit einer Kühle aufgenommen worden, die fast an Anarchie grenzte. Zwar besitzt die Regierung noch immer eine große absolute Mehrheit im Unterhause; aber man hat doch beobachtet können, daß die schwache Opposition der Unionisten sich von Session zu Session konsolidiert und moralisch gestärkt hat, vor allem weil sie die Ueberzeugung gewann, daß in London ein politischer Umschwung zu ihren Gunsten vor sich geht. Bei den letzten Wahlen hat eine sehr große Zahl von Wählern nur deshalb liberal gewählt, weil das Balfour'sche Kabinett vollständig abgewirksam hatte und weil man nun der bisherigen Opposition „eine Ehre geben“ wollte. Aber jede Regierung macht sich ganz notwendig eine Menge von Gegnern, und in England ist es im allgemeinen die Regel, daß die Opposition bei den Wahlen bessere Aussichten hat, als die Regierung. In der kommenden Session werden große Gezeihorlagen, die zu einem erneuten Kampf mit dem Oberhause führen werden, vermieden werden. Die wichtigste Regierungsmaßregel wird das Budget sein. Die Erhöhung der Flottenausgaben und die Altersrenten bedingen größere Ausgaben, und bei der schlechten wirtschaftlichen Lage gehen die Einnahmen zurück. Das Ergebnis ist ein Defizit, das auf 300 Millionen Mark geschätzt wird. Von der Art, wie der Schatzkanzler Mr. Lloyd-George die Lösung dieses finanziellen Problems veruchen und durchsetzen wird, hängt nicht nur das Schicksal der liberalen Partei ab, sondern auch die Dauer des Freihandelsystems. Wenn die englische Finanzreform unter dem Freihandelsystem nicht in befriedigender Weise durchgeführt wird, so spricht alle Wahrscheinlichkeit dafür, daß bei den nächsten Wahlen die Unionisten mit einer Parole für die Tarifierung siegen werden. Auf Mr. Lloyd-George müssen daher die Liberalen vor allem ihre Hoffnung setzen. Und da er sich bisher als einer der erfolgreichsten Männer des liberalen Kabinetts gezeigt hat, so hofft man, daß diese Session die Sache der liberalen Partei bedeutend fördern werde. In der nächstfolgenden Session soll dann von neuem der Kampf gegen das Oberhaus mit aller Energie aufgenommen werden.

### Politische Uebersicht.

Mannheim, 19. Februar 1909.

#### Die Gesellschaft für Soziale Reform

Hält bekanntlich vom 4.-6. März in Frankfurt a. M. ihre vierte Generalversammlung ab. Vor allen Dingen werden das Recht der Privatbeamten und die Pensionsversicherung der Privatbeamten behandelt werden. Zur Einleitung dieser wichtigen sozialpolitischen Tagung erhaltet Professor Dr. Franke einen Bericht von der Tätigkeit der Gesellschaft in den Jahren 1907 und 1908. Wir entnehmen ihm, daß für ein neues Gebiet die Arbeiten der Gesellschaft bereits im Zuge sind, und zwar richten sie sich auf die Verhältnisse der jugendlichen Arbeiter. Prof. Dr. Franke teilt darüber mit:

In den Sitzungen des Ausschusses vom 5. Dezember 1907 und 5. Mai 1908 ist beschlossen worden, dem großen Komplex von Fragen und Sorgen, die aus den Verhältnissen der jugendlichen Arbeiter beiderlei Geschlechts im Alter von 14 bis 18 Jahren entstehen, näherzutreten. Ein Untersuchungsausschuß unter Vorsitz des Herrn v. Werle, unterstützt durch Sachverständige, die nicht Mitglieder der Gesellschaft sind, hat hierfür den Plan einer Erhebung ausgearbeitet, der die Willigung des Hauptausschusses gefunden hat. Danach sollen zunächst in unseren „Schwestern“ Eingeladungen erscheinen, die in ihrer Gesamtheit ein Bild der Lage der jugendlichen Lohnarbeiter und Angestellten ergeben und zwar vornehmlich nach folgenden Gesichtspunkten: a) Arbeits- und Lebensverhältnisse der Jugendlichen unter besonderer Berücksichtigung der geschlechtlichen, politischen und administrativen Bestimmungen sowie ihrer Durchführung; b) Schulungen von Leben und Gesundheit der Jugendlichen, namentlich im Zusammenhang mit Zeit und Art der beruflichen Beschäftigung; c) Kriminalität und sittliches Verhalten der Jugendlichen; d) Erziehung und Bildung durch staatliche und kommunale Schulen, durch von Vereinen oder Privaten unterhaltenen Schulen, Berufsbildung, hauswirtschaftliche und allgemeine Bildung, Ausbildung der sittlichen, geistigen und körperlichen Kräfte; e) Erziehung und Bildung außerhalb der Schule, durch Frantke, Arbeitervereine, Vereine und gemeinnützige Veranstaltungen. Die Hindernisse und Schwierigkeiten, welche sich ihrer Einwirkung entgegenstellen.

Zum Schluß seines Berichtes gibt Prof. Franke einen Ueberblick über den augenblicklichen Stand der Sozialreform. Er führt dort, der besten Hoffnungen froh, aus:

Unsere letzten Geschäftsberichte, Ende 1906, machten wie mit der Feststellung der Tatsache schließen, daß damals für die Sozialpolitik eine Zeit der Aufschwügsperiode herrsche. Heute stehen wir mitten in eifrigster sozialpolitischer Regsamkeit neben der mächtigen Entfaltung der freien Organisationen der Arbeiter und Arbeitnehmer und der fortwährenden Entwicklung einer Bindung der Arbeiterverhältnisse durch Arbeitsverträge sehen wir eine Fülle geschäftlicher Aufgaben, deren Lösung Regierungen und Parlamenten, im Reiche wie in den Einzelstaaten, betreiben wird, und zwar auf allen Gebieten der Sozialreform, dem Arbeiterrecht, der Sozialversicherung, dem Arbeitsrecht, der Mittelstandsfrage. Die Gesellschaft für Soziale Reform, die nach ihren Sitzungen sowohl die Selbsthilfe wie die Staatshilfe zu fördern beabsichtigt und gewillt ist, bleibt heute mit Befriedigung auf die Erfolge zurück, die ihren Bestrebungen in den 8 Jahren ihres Bestehens beschieden waren, und wird an ihrem Teile auch weiter

### Feuilleton.

#### Bei den Uebewohnern Japans.

Unergründliche Geschöpfe, ganz behaart, halb Affe, halb Mensch, unterstumpft suchend zwischen dem Laub unurchdringlicher Wälder — so etwa ist die landsässige Vorstellung, die man von den Ainus, den aussterbenden Uebewohnern Japans, hat. Ganz anders aber stellte sich ihr Bild einem Besucher M. C. Stapes dar, der im Athenäum von einem längeren Aufenthalt unter den Ainus berichtet. Von den Japanern von der Hauptinsel Japans vertrieben, leben sie jetzt auf der nördlichen Insel Hondo und auf einigen kleineren Inseln, in streng von ihren Besiegern abgegrenzten Gemeinschaften. Nicht Wildheit und Unkultur ist der Eindruck, den man von ihnen empfängt, sondern eine gewisse Romantik, eine seltsame Traxer, wie sie über den Untergang gewaltigen Rassen schwebt. Die älteren Aino-Männer haben etwas Ehrwürdiges; sie sehen aus, wie man sich wohl die Patriarchen des alten Testaments vorstellt, mit den feingebogenen Nasen, den tiefhängenden Augen und dem blickigen Haar, das bis auf die Schulter niederfällt und buschig um den Kopf steht. Die Männer sind klein, selten größer als 5 Fuß 6 Zoll, aber Iwerge sind sie nicht, sondern erscheinen in ihrer breitschulterigen Unterleibtheit kräftig und echt männlich. Ein großer Unterschied herrscht zwischen dem Aino-Mann und der Aino-Frau. Dies ist in viel höherem Grade der Fall als bei den Japanern, wo der Unterschied der Geschlechter für den Fremden oft unbedeutend erscheint und Mann und Frau in den ersten Jahren und den letzten Jahren des Lebens kaum zu unterscheiden sind. Die Aino-Frau sieht im Vergleich mit den freien und offenen Zügen des

Mannes nicht selten direkt abfärend aus; sie wird besonders arg entsetzt durch die merkwürdigen dunkelgrünen Tätowierungen, die ihr Gesicht bedecken. Die Frauen sind kleiner und bieder als die Männer, manche direkt vieredig und plump. Sie tragen ihr Haar ohne allen Schmuck, wenig länger als die Männer, in Locken niederfallend zu beiden Seiten ihrer breiten Gesicht. Die typische Zeichnung der Frauen-tätowierungen sind bide gebogene Linien über und unter den Lippen, die bis zu den Ohren emporgehen und den Frauen das Aussehen verleihen, als trügen sie ungeheure Schnurrbärte in der Form „Es ist erreicht“. Ueber die Stirn laufen ein oder zwei bide Striche von Schläfe zu Schläfe wie tiefe Runzeln; diese Tätowierungen verändern den Ausdruck der Gesichter so, daß man zunächst kaum glauben kann, daß die Frauen zu derselben Rasse gehören wie die klugen, schönen, beweglichen Männer. Nur in den jüngeren Frauen leuchtet bisweilen etwas von Anmut und Lebhaftigkeit in den Gliedern und Gesichtszügen, die noch nicht durch den bunten häßlichen Schmuck entstellt sind. Die Ainus sind heute eine untergehende Rasse, die von den Japanern immer weiter und weiter zurückgedrängt worden ist. Sie haben nur noch eine schwache und bedrängte Existenz mitten unter ihren Besiegern, denen sie an Lebendigkeit und Kultur durchaus nicht gewachsen sind. Streng getrennt von den Japanern leben sie in Dörfern oder Gruppen in kleinen Strohhütten mit einem sonderbar hohen Dach aus vielen Lagen von Stroh, so schon durch die äußere Form ihrer Behausung von den japanischen Wohnungen unterschieden. Die Frauen sitzen in den japanischen Dörfern, mit übereinandergelegenen Beinen auf den Rücken ihrer Stuten sitzend, denen lustig springende Hühner folgen. Hier verkaufen sie ihr Gewerbe, das sie in großen Körben mitbringen, und kaufen dafür Seife, Zwirn und alles, was sie nicht selbst anfertigen können. Und die Zahl der Gegenstände, die sie kaufen müssen, wächst immer mehr, denn die alten Industrien der Ainus sterben allmählich

aus, und die Kunst, in denen sie früher Vorzügliches leisteten, Stoffweber, Holzschneiderei, Töpferei werden unter ihnen kaum noch gepflegt. Die Männer jagen noch, aber die Jäger sind seltener und seltener geworden und unwiderbringlich dahin sind die schönen Tage der alten Lebenszeit, da die großen Bären-Jeste gefeiert wurden und die tapfersten Krieger mit der aus Holz geschnittenen Bärenkrone geschmückt wurden. In den Küsten treiben sie auch Fischerei in Booten mit vieredigen Bug, von denen einige noch alte Schwimmgeländer tragen. Ihre eigenartige Sprache hat bereits manche Elemente des Japanischen aufgenommen; schreiben sie eine unbekannte Kunst unter ihnen, und es ist nicht wahrscheinlich, daß sie noch erlernt werden wird von diesem Volk, das reichend schnell ansieht in dem Land, dessen Beherrscher es einst war und das es nun an ein fremdes Volk verloren hat.

### Buntes Feuilleton.

Die Entstehung des Menschen in der Eiszeit. In einem vor großen Publikum im Auditorium Maximum der Universität Bonn am letzten Dienstag gehaltenen Vortrag berichtete Professor Vahlig über die an demselben Tage in Paris veröffentlichte Beschreibung des französischen Forschers Marcellin Boule von dem Schädel eines fossilen Neanderthalsmenschen aus der Grotte von La Chapelle aux Saints (Dep. Corrèze), von dem an dieser Stelle schon die Rede gewesen ist. Der Gelehrte führte folgendes an:

Es ist einer der wichtigsten Funde, weil hier zum ersten Male der ganze Schädel mit dem zugehörigen Unterkiefer vorliegt. Man hat es da mit einer altertümlicheren Rasse der Neanderthalsmenschen zu tun, als die durch die früheren Schädel-funde vom Neanderthal bei Düsseldorf und von Spy in Belgien)

an der Fortführung sozialer Reformen mitarbeiten, die sie zum Wohle des Vaterlandes für nötig hält; „Und das Vergangene heißt mit Vertrauen vorwärts zu schauen!“

Die soziale Lage des Schauspielersstandes.

In der Zeit des wirtschaftlichen Kampfes, der zurzeit zwischen den Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Bühnenwesen besteht, wird besonders aktuell eine lobenswerthe Schrift des Reichstagsabgeordneten Dr. Maximilian Pfeiffer: Theaterelend, deren wir schon kurz Erwähnung taten (Bamberg, Januar 1909, Verlag der „Bamberger Neuesten Nachrichten“. Preis 80 Pfg.). Der Verfasser, welcher als Abgeordneter des Zentrums auch im Reichstage wiederholt für die Interessen der Bühnengehörigen eingetreten ist, hat auf knappem Raum eine große Fülle von Material zusammengetragen. In Deutschland bestehen 353 Theater besserer Art, im deutschen Sprachgebiete (also auch Schweiz und Oesterreich) 382. Die Summe der an allen diesen Theatern tätigen Bühnenvorstände, Regisseure, sowie des gesamten darstellenden und Chorpersonals beträgt nach Pfeifferscher Schätzung 25 000 Personen. Dazu kämen dann noch die Musiker sowie die eigentlichen technischen Arbeiter, — es ist also eine bedeutende Schar von Personen, die mit dem Wohl und Wehe des Bühnenwesens aufs engste verknüpft sind. Dr. Pfeiffer zählt zunächst die Wirtschafteinrichtungen auf, die teils nach dem gemeinschaftlichen Grundsatze auf Gegenseitigkeit errichtet sind, oder bei denen es sich um Stiftungen und Legate handelt. Trotzdem hier schon recht Anerkennenswertes auf dem Wege der Selbsthilfe oder durch die Stiftungseinrichtungen geleistet wird, viel mehr jedenfalls, als in weiten Kreisen bekannt ist, bleibt dennoch sehr viel zu tun übrig, denn die soziale Lage der Mehrzahl der Schauspieler ist außerordentlich trübe. Das beweisen allein schon die Gagenverhältnisse. Von seiten wohlunterrichteter Bühnengehöriger ist berechnet worden, daß von den 25 000 Bühnengehörigen ungefähr die Hälfte ein Einkommen von weniger als 1000 Mark hat; 20 Prozent haben 1500 Mark, weitere 20 Prozent bis zu 3000 Mark und nur 10 Prozent über 3000 Mark. Außer diesen allgemeinen Angaben bringt die Broschüre eine Reihe erschütternder Einzelbilder, die deutlich zeigen, wie das geringe Jahresentkommen noch erheblich geschmälert wird durch die Abgaben an die Agenten, durch Reisen und vor allem durch die hohen Aufwendungen für die Garderobe. Unter dem letzten Punkt haben namentlich die weiblichen Bühnemitglieder zu leiden. Es seien nur noch die Wege mitgeteilt, die aus dem „Theaterelend“ herausführen sollen. Dr. Pfeiffer erwähnt die Schauspieler, sich vom gewerkschaftlichen Gedanken durchdringen zu lassen und auf die Forderung von Mindestgehältern hinzuwirken. Eine andere große Aufgabe liegt den Stadtverwaltungen ob; sie sollen strikte darauf halten, daß ihnen die Gagenetats vorgelegt werden, und beim Vertragsabschluss zur Bedingung machen, daß Reingehalt und Gagenetats in einem gerechten Verhältnis stehen. Schließlich kommt Dr. Pfeiffer zur Forderung eines Reichstheatergesetzes. Es ist interessant, daß er bei den Hauptpunkten dieses Gesetzes, die er einzeln anführt (Kündigungsvorfristen, Krankheit, Urlaub, Sonntagsruhe, Arbeitszeit, Vermittelungsgebühren usw.) überall entsprechende Paragraphen des Handelsgesetzbuches, der Gewerbeordnung und auch des Bürgerlichen Gesetzbuches anführen kann. Diese Ausführungen zeigen, wie ungünstig die Schauspieler in ihrem Berufsrecht gestellt sind. Als erster Schritt — so lange kein eigenes Reichstheatergesetz zu erreichen ist — müßte also u. E. danach gestrebt werden, bereits geltende Gesetze auf diesen Stand auszuweihen; namentlich müßten alle Kontrakte doch wenigstens mit dem Bürgerlichen Gesetzbuch als der Grundlage des geltenden Rechtes übereinstimmen. Als einzige neue Forderung erscheint die Forderung eines dem Fabrik- und Gewerbeinspektor entsprechenden Bühnen-Inspektors. In einem schmerzvollen Wortwort widmet der Verfasser seine Schrift „den deutschen Bühnensünstlern“. Aber sie ist auch dem Publikum aufs angelegentlichste zu empfehlen, da sie in Verhältnissen hineinleuchtet, die den meisten die sich durch den allfälligen äußeren Schein des Bühnenwesens täuschen lassen, verborgen bleiben.

Deutsches Reich.

Der Verband deutscher Waren- und Kaufhäuser hat zum Gegenstande die den unläuteren Wettbewerb folgende Resolution angenommen: „Der Verband Deutscher Waren- und Kaufhäuser spricht seine Befriedigung darüber

aus, daß der Entwurf die zu weit gehenden Vorschläge aus Mittelhandelskreisen ablehnt. Er enthält jedoch eine erhebliche Reihe von Bestimmungen, die dazu geeignet sind, den realen Handel zu fördern und bedarf daher noch verschiedener Änderungen.“ Nachdem in der Resolution verschiedene solcher der Abänderung bedürftiger Punkte aufgeführt, heißt es weiter: „Jede Beschränkung der Saison- und Inventurverkäufe des regulären Geschäftsverkehrs ist an sich für Handel und Industrie schädlich. So sehr es zu begrüßen ist, daß auf diese Ausverkäufe die Bestimmungen über die eigentlichen Ausverkäufe nicht zutreffen sollen, ist doch mit Entschiedenheit der letzte Satz des 2. Absatzes im Paragr. 9, der der höheren Verwaltungsbehörde das Recht gibt, Zeit und Dauer der üblichen Saison- und Inventurverkäufe zu bestimmen, abzulehnen, da die Zeit der Inventuren und Saisons für die einzelnen Geschäfte viel zu verschieden liegt, als daß deren einheitliche zeitliche Regelung möglich wäre. Die Vorschriften des Entwurfs im Absatz 2 des Paragr. 9 sind daher wegen ihrer Unzweckmäßigkeit und auch wegen ihres polizeilichen Charakters zu verwerfen.“ Zu den „Steuerfragen“ wurde folgende Resolution angenommen: „Der Verband Deutscher Waren- und Kaufhäuser in Berlin erklärt zur bevorstehenden Finanzreform: Es wird im Interesse der Gesundung der Finanzen sowie zur Aufrechterhaltung der Weltmarktstellung des Deutschen Reiches eine durchgreifende Finanzreform für dringend notwendig erachtet. Er bekräftigt alle Steuermaßnahmen, die — den Grundlagen der Finanzwissenschaft entsprechend — dazu geeignet sind, die erforderlichen Kosten der Bevölkerung nach ihrer Leistungsfähigkeit aufzuerlegen. Er erklärt sich aber mit aller Entschiedenheit gegen die verkehrsbehemmenden wirkenden Verbrauchssteuern und gegen die Gas-, Elektrizitäts- und Inzeratensteuer, da diese Handel und Industrie auf das schwerste schädigen würden.“

Die Vorlage über die Schiffsabgaben. Die dem Bundesrat zugegangene Vorlage über die Schiffsabgaben enthält, wie eine Korrespondenz mitteilt, auch besondere Bestimmungen über die kleineren Fahrzeuge, die auf den Strömen verkehren. Es ist beabsichtigt, Fahrzeuge bis zu 300 Tonnen, die z. B. jetzt auch auf der Ober- und Unterweser frei verkehren dürfen, nicht mit Abgaben, die die Vorlage sonst vorsieht, zu belasten. Die Befürchtung, daß man nach der Einführung von Schiffsabgaben mehr zu dem Bau von kleineren Schiffen bis zu 300 Tonnen übergehen werde, teilt man in Regierungskreisen nicht.

Die Fernsprechtarifenordnung. Die Handelskammer in Rindens-Glabach beschloß heute eine Eingabe an den Reichstag gegen den Entwurf einer neuen Fernsprechtarifenordnung.

Der Zentralverein zur Hebung der Fluß- und Kanalschifffahrt wird in seiner am 3. März in Berlin stattfindenden Hauptversammlung die Frage der gesetzlichen Einführung der Sonntagsruhe im Binnenschiffahrtsgewerbe insbesondere vom Standpunkte der Interessen der Warenverfrachter und Warenempfänger aus betrachtet, sowie die Frage der allgemeinen Regelung der Arbeitszeit vom Standpunkte des Schiffsbetriebs aus zur Erörterung bringen.

Badische Politik.

Anhebung der Oberrechnungskammer.

Stadtschau, 19. Febr. Die „Bad. Landesztg.“ schreibt: Als Nachfolger Dr. Schenkels, des verstorbenen Präsidenten der Oberrechnungskammer, werden von der „Südwestl. Korrespondenz“ genannt, der Minister ohne Portefeuille Dr. Reinhard, der stellvertretende badische Bundesratsbevollmächtigte Staatsrat Scherer und der Staatsrat und Zolldirektor Seubert. — Diese Meldung beruht lediglich auf Vermutungen, denn an maßgebender Stelle ist bis jetzt die Frage über die Person des neuen Präsidenten der Oberrechnungskammer noch nicht erörtert worden. Es scheint sogar noch sehr ungewiß zu sein, ob diese Stelle überhaupt wieder besetzt wird; denn wie früher schon gemeldet, gehört die Oberrechnungskammer zu denjenigen Behörden, deren Aufhebung beim Angliederung an das Ministerium schon Gegenstand erster Beratung bildete.

Zum Scheitern des Votchs.

\* Baden-Baden, 18. Febr. Der Ausgung des hiesigen Jungliberalen Vereins hielt gestern eine Sitzung ab, in der er sich mit dem Scheitern des Votchs beschäftigte. Er beschloß, dem am 20. und 21. März hier stattfindenden Vertretertag des Landesverbandes der jungliberalen

Verene Baden folgende Resolution zur Annahme vorzuschlagen: „Der jungliberale Vertretertag bedauert das Scheitern des Votchs vor allem vom Standpunkte der zukünftigen liberalen Einigung an. Um im Interesse des Gesamtliberalismus ein Zusammengehen aller liberalen Parteien bei den Stichwahlen zu sichern, beantragt der jungliberale Vertretertag bei der nationalliberalen Parteileitung, in einer Anzahl bisher demokratisch oder freisinnig vertretenen Wahlkreise keine nationalliberalen Kandidaten aufzustellen, so daß dem Votchsliberalismus eine feiner Bedeutung für den Gesamtliberalismus entsprechende parlamentarische Beteiligung ermöglicht wird.“

Der Deutsche Landwirtschaftsrat und die Reichsfinanzreform.

(Eigener Bericht.)

in Berlin, 18. Febr.

Nach den Verhandlungen über die Nachlasssteuer, über die wir schon berichtet haben, sprach Reichsrat Freiherr von Thüngen (Thüngen) über den Gesetzesentwurf betr. den Zwischenhandel des Reichs mit Branntwein. An das Referat schloß sich eine längere Debatte, in der allgemein das Reservatrecht der süddeutschen Staaten anerkannt wurde. Darauf sprach Freiherr von Thüngen (Thüngen) über den Entwurf eines Elektrizitäts- und Gassteuergesetzes. Er führte aus: Von Süddeutschland sei gegen diesen Gesetzesentwurf energischer Protest erhoben worden. Nach dem gestrigen Vortrage des Ritter- und Oberbergrat v. Hymow, der gefordert habe, daß die allgemeine Benutzung der elektrischen Kraft im Interesse der Landwirtschaft mit iltlichen Mitteln zu fördern sei, könne man heute jedoch nicht eine Resolution annehmen, die sich für die Elektrizitäts- und Gassteuer ausspreche. Wir in Süddeutschland sind geneigt, unsere Wasserkräfte als die weise Quelle zur Herstellung von Elektrizität zu betrachten. Von Wasserkraften werden insgesamt fünf Sechstel der gesamten Elektrizität erzeugt. Von Dampfmaschinen aber nur ein Sechstel. Im bayerischen Landwirtschaftsrat hat man sich energisch gegen die Elektrizitäts- und Gassteuer ausgesprochen. In Bayern ist die Elektrizität nicht etwa ein Vorrecht des reichen Mannes. Redner schlägt schließlich folgenden Antrag zu der von den drei Referenten vorgelegten gemeinsamen Resolution vor: „Mit den übrigen Steuervorlagen (ausgenommen Nachlass- und Erbschaftsteuer), erklärt sich der Deutsche Landwirtschaftsrat im Prinzip einverstanden, hält aber die Besteuerung von Gas und Elektrizität nicht für vereinbar mit den landwirtschaftlichen Interessen.“ Nach kurzer Debatte wird dieser Antrag angenommen.

Sodann referiert Hartmann-Büchse (Frankfurt a. M.) über den Entwurf eines Weinsteuergesetzes und über den Entwurf eines Tabakverbrauchssteuergesetzes. Er legt speziell zu dem Weinsteuergesetz folgende Resolution vor: „In der Einführung einer Weinsteuer nach dem vorliegenden Entwurf erblickt der deutsche Landwirtschaftsrat bei der schweren Notlage, in der sich die deutschen Winzer befinden, eine unbillige Maßregel, die geeignet ist, schwere Schädigungen für den deutschen Weinbau herbeizuführen.“

Hartmann-Büchse führte aus: Man sagt häufig, der Weintrinker kann die Steuer tragen, ja, aber es kommt darauf an, auf wen die Steuer abgewälzt wird. In diesem Falle würde sie sicher auf den Winzer abgewälzt werden, der ohnehin schon schwer genug um seine Existenz zu ringen hat. Selt, hier und Branntwein sind doch mehr industrielle Produkte, der Wein aber ist ein Produkt der Erde und darf deshalb nicht mit gleichen Maße gemessen werden. Der Winzer ist froh, wenn er wenigstens soviel bekommt, daß er Zinsen und Steuern zahlen kann. Auch die Antialkoholiker, die eine Weinsteuer befürworten, werden von diesem betroffen. Was Alter und die Zeit angeht, das steht schon — man als Beförderung an.“ (Sturm, Heiterkeit). Sodann wandte sich der Redner zur Tabaksteuer und trat für eine besonders hohe Besteuerung des Tabaks ein. In der Debatte wünschte der Vorsitzende Graf Schwerin-Idwig dringend zu einer Verständigung über die Weinfrage zu kommen. Er erklärte, daß man so gut in den Kreisen der Weindauern sich nicht einig sei über die Steuern und beantragte schließlich eine nochmalige Abstimmung über die von den drei Referenten gemeinsam vorgelegte Resolution, indem er wünschte, in den Schlußsatz der Resolution, wonach sich der Deutsche Landwirtschaftsrat mit den übrigen Steuern im Prinzip einverstanden erklärt, einen Zusatz aufzunehmen, daß der Landwirtschaftsrat sich mit der Weinsteuer jedoch nur

Frauen Universitätsprofessor.

Von der bernischen Regierung ist Fräulein Anna Zumarkin zum a. o. Professor für Philosophie an der Universität Bern ernannt worden. Die Dame wurde am 16. Febr. 1875 in Rischin (Rußland) geboren. Nachdem sie die Schulen in Rischin besucht, kam sie 1892 nach Bern, wo sie Philosophie, Geschichte und deutsche Literatur studierte. 1896 promovierte sie mit der Dissertation „Herder und Kant“. 1898 habilitierte sie sich für Geschichte der neueren Philosophie, insbesondere der Kantphilosophie an der Universität Bern, 1906 wurde ihr die Venia legendi erteilt auf dem ganzen Gebiet der Philosophie mit besonderer Berücksichtigung der Kantphilosophie. Nach der Ernennung 1896 erschienenen Dissertation schrieb sie u. a. „Der Charakteristika Justinus Kerners“ (in den „Preussischen Jahrbüchern“ 1898), „Das Affixionsprinzip in der Geschichte der Westphilosophie“ („Archiv für Geschichte der Philosophie“ 1899), „Die Idealität der ästhetischen Gesetze“ („Zeitschrift für Philosophie“ 1904), „Der transzendentale Methode der Kantischen Westphilosophie“, „Kantstudien 1906“, „Kant'sches Ideal und ethische Norm“ („Zeitschrift für Westphilosophie“, 1907), „In Spinozas Attributenlehre“ („Archiv für Geschichte der Philosophie“, 1907), „Etwas, Kant'sche Vorlesungen an der Universität Bern, Neujahr“, 1908, „Das kritische Problem in den vorkritischen Werken Kants“ (dritter Internationaler Kongress für Philosophie 1906). — In Deutschland versetzt man der Frau die akademische Würde. So hat die Universität Straßburg gelegentlich der anfangs dieses Semesters zum ersten Male erteilten Inauguration von Studentinnen eine Bestimmung getroffen, welche die Habilitation weiblicher Dozenten für die Zukunft vorzubereiten soll. In gleichen Sinne hat sich der Rektor der Berliner Universität ausgesprochen mit dem Bemerkung, daß die Frauen nicht vernachlässigt werden dürfen, eine ausschließliche Laufbahn zu erstreben.

Beiträge zur Frauenfrage.

Ausstellung für Frauenberufe. 1. 12. 18 3. Stos.

Sprechstunde: Mittwoch von 10—11 Uhr. Die Frau in der städtischen Verwaltung.

Über die Heranziehung der Frauen zur städtischen Verwaltung gibt der Charlottenburger Magistrat einen interessanten Nachweis, der zeigt, in wie ausgedehnter Maße die Damen neben ihren häuslichen Pflichten sich auch den ehrenamtlichen Pflichten für die Stadt hingeben. So sind in der Armenverwaltung 28 Damen beschäftigt, doch möchte man hier, zumal als Armenpflegerinnen, noch eine größere Anzahl heranziehen, wenn man nur die geeigneten Kräfte zu diesem Posten finden könnte. In der Waisenpflege widmen sich 21 Damen dem Allgemeinwohl, ebenso ist die Zahl der ehrenamtlich in der Deputation für die Gesundheitspflege beschäftigten Damen recht ansehnlich, unter ihnen arbeiten fünf Schwestern in der Lungenkrankenfürsorge und acht in den Säuglingsfürsorgestellen. Unter den fünf der Schuldeputation angehörig hochberühmten Mitglieder befindet sich eine Lehrerin, außerdem in der Deputation für die Gesundheitspflege eine Leiterin für die Kinderkassen und eine Schulrätin für die geborenen Mädchen. Ferner sind neben anderen Damen Lehrerinnen mit der Aufsicht über die Gesundheitsfürsorge betraut. Auch sollen für das in Aussicht genommene Wohnhausamt noch Frauen als Wohnungsinspektoren eingestellt werden.

unter der Voraussetzung einverstanden erklären könne, daß es gelinge, eine Form zu finden, durch welche die Steuer völlig auf den Konsum abgewälzt wird. Der ohnehin schon schwer um seine Existenz ringende Weinkonsumant soll nicht von neuem schwer belastet werden. In der sich sehr lange hinziehenden Diskussion treten große Gegensätze zwischen den nord- und süddeutschen Landwirten in bezug auf die Gas- und Elektrizitätssteuer teilweise recht lebhaft zu Tage. Während die süddeutschen Mitglieder sehr energisch gegen diese Besteuerung auftraten, erklärten sich die norddeutschen Mitglieder damit einverstanden. — Die Diskussion endet damit, daß ausgesprochen wird, daß sich der Landwirtschaftsrat zwar gegen eine Weinsteuer, aber sonst im Prinzip mit allen übrigen von der Regierung vorgeschlagenen Steuern mit Ausnahme der Nachschlag- und Erbschaftsteuer einverstanden erkläre. Dem Wunsch der Süddeutschen, daß die Weinsteuer vom Deutschen Landwirtschaftsrat ebenfalls als mit den Interessen der Landwirtschaft nicht vereinbar bezeichnet werde, ist damit abgelehnt worden. Darauf wird die weitere Beratung auf morgen vertagt.

### Ein Sensationsprozess der Marine.

(Von unserem Korrespondenten.)

3. Tag.

ab. Berlin, 17. Februar.

(Schluß.)

Es wird nunmehr der Bericht des Admirals Schmidt an den Flottenchef verlesen. Dann führt Admiral Schmidt in seinem Vortrage fort: Berger hat auf S. M. S. „Amazonen“ sehr schwere Verhältnisse an Bord vorgefunden. Der frühere Kommandant des Schiffes war dem Trunke ergeben und der Wechsel unter den Offizieren war außerordentlich groß. Berger war zudem hochgradig nervös und seelisch erregt war. Trotzdem gebe ich an, daß er stets den besten Willen gehabt hat, diese Stimmung zu überwinden, daß er stets das Beste leisten wollte, daß ihm dies aber nicht immer gelang. Vorschläge, die ich ihm erteilte, sah er stets als schwere Vorwürfe an, und jedesmal suchte er sein Verhalten selbstständig zu rechtfertigen. Eine Durchsicht der Strafbücher der „Amazonen“ machte auf mich den Eindruck, daß zwar nicht sofort gegen ihn vorgegangen sei, daß aber doch sein Verhalten viel zu wünschen übrig ließe. Denn an kleinen Strafen haben sich überhaupt keine, an großen aber sehr viele. Auf meine ausführlichen Berichte an den Flottenchef antwortete dieser wörtlich: Zweifellos ist das Verhalten des Ingenieurs Grün nicht zu rechtfertigen. Trotzdem habe ich mich dem Eindruck nicht verschließen können, daß es dem Berger nicht gegeben ist, sich das Vertrauen seiner Offiziere zu erwerben. Wenn er auch dem besten Willen befehl ist, so fehlt ihm das mit Strenge richtig gepaarte Wohlwollen, und er hat sich zu Neuierungen einem jüngeren Mann gegenüber hinreichend lassen, die besser unterblieben wären. Bei wiederholten ähnlichen Vorgängen müßte ich mich veranlaßt sehen, Berger abzukommandieren, da er dann nicht geeignet sein kann, im Ernstfälle auf seinem Schiffe große Leistungen zu erzielen. — In dem Falle soll nun umgänglich meine Gehässigkeit zu konstatieren sein. Ich erkläre hier, daß ich Grün habe kommen lassen und ihn zur Rede gestellt habe und ihm etwas folgendes gesagt habe: Es wird mit Ihnen noch einmal ein Versuch auf einem andern Schiffe gemacht. Hoffentlich etwas Ähnliches wieder, so ist Ihre Existenz vernichtet. Von einer Beförderung nehme ich Abstand; ich hoffe jedoch, daß Sie dies mein Wohlwollen zu würdigen verstehen werden.

### Zur Beschäftigung von S. M. S. „Amazonen“

erklärt Admiral Schmidt: Es ist mein Prinzip, daß ich, wenn bei einer Beschäftigung noch ein höherer Vorgesetzter dabei ist, in der Regel im Vorfeld zurückhalten bin, weil es sowohl für die Befehls- und für den Kommandanten wie für den Beschäftigten besser ist, wenn der höhere Vorgesetzte über das Lob hinausgehen kann, als wenn er das Lob herunterbrücken muß. Daraus erklärt sich der Irrtum Bergers, wenn er meint, daß ich ungerne gerügt und erst der höhere Vorgesetzte in seiner Schlusskritik die guten Leistungen anerkannt hätte. Freilich gestehe ich, und auch der Flottenchef hat diesen Eindruck gewonnen, daß ich Berger mehr hätte belohnen können. Zeuge verbreitet sich dann des längeren über die Zustände auf „Prinz Heinrich“, wo früher einmal arge Mißstände geherrscht hätten, die zu einer kriegsgerichtlichen Untersuchung führten, jedoch ohne Ergebnis. Bei einer späteren Beschäftigung, bei der auch Berger als Zuschauer zugegen war, konstatierte ich, daß die Disziplin wieder

### Unheilichensfürsorge in Deutschland.

Dr. M. Fleischmann in München unterbreitete in einer an den Reichstag gerichteten Petition einen Reformvorschlag die Unheilichensfürsorge betreffend. Er führt darin aus, daß in Deutschland alljährlich 180 000 Kinder unheilich geboren werden, wovon ungefähr zwei Drittel = 120 000 im Jacht- oder Irrenhaus enden, u. fährt fort: Die bisherigen gesetzgeberischen Maßnahmen haben diesem Uebelstande nicht abhelfen können, deshalb sollen staatliche Anstalten, „Erziehungsanstalten“, für solche unheiliche Kinder errichtet werden, bei denen die Vorbildungen für eine gute Erziehung mangeln. Diese Anstalten sollen schon zur Aufnahme von Kindern im Säuglingsalter bereit sein, um dadurch der hohen Säuglingssterblichkeit vorzubeugen. Die Leitung der Anstalten soll vom Staate ernannten Pädagogen anvertraut werden, jedoch können für Kinder beiderlei Geschlechts bis zum 8. Lebensjahr auch Erzieherinnen Verwendung finden. Der Unterricht umfaßt den Lehrplan der Volksschule. — Die Petitionskommission des Reichstages beschloß nach Besprechung der Sache, den erwähnten Reformvorschlag dem Reichskanzler als Material zu überweisen.

### Kleine Mitteilungen.

Die nächste Konferenz des Gesamtverbandes des Bundes deutscher Frauenvereine ist vom engeren Bundesverband auf den 5. und 6. März nach Dresden einberufen worden. Die Vorbesprechung über die Generalversammlung des I. C. W. in Toronto, die Wahl der offiziellen Delegierten etc., und die Beteiligung am Internat. Frauenkongress liegen die etwas frühere Abhaltung der Konferenz in diesem Jahre nötig erscheinen. — Der Magistrat der Stadt Würzburg hat beschlossen, eine Polizeipflegerin für weibliche Häftlinge anzustellen. Der Posten wurde einer Erzieherin im Mädchenhause des Würzburger Frauenvereins übertragen. — An den Schweizer Universitäten studieren in diesem Winter mehr als 3000 Frauen, von denen die Hälfte aus Ausländerinnen, vornehmlich Russinnen, besteht. — Zum Professor honoris causa wurde in Tokio die schon mehrfach erwähnte Frau Dr. Jaba Uraka ernannt, die ihre medizinischen Studien in Deutschland vervollständigt und in ihrem Vaterlande Japan den Doktorgrad erworben hat.

eine bedeutend bessere geworden war und gab meiner Freude darüber Ausdruck. Von Dombrowski erzählt er, daß Berger das ungünstige Urteil über den früheren Kommandanten verbreitet habe. Berger habe ihn später erregt aufgeföhrt, ihm zu sagen, von wem er das wisse. Berger wollte mit diesem Offizier konfrontiert werden. Darauf habe er Berger erwidert, daß er es von Dombrowski habe, daß er aber einen Stabsoffizier nicht gern konfrontiere. Darauf schrieb Berger, er habe nicht über disziplinäre Verhältnisse gesprochen. Er habe dann die ganze Angelegenheit dienstlich behandeln müssen, da ihm die andere Art, die Sache einfach totzuschweigen und Bergers Nerven zu schonen, nicht mehr möglich erschien. Die Vernehmung des Admirals Schmidt wird darauf abgebrochen und die Verhandlung auf Freitag vertagt.

## Aus Stadt und Land.

Mannheim, 19. Februar 1909.

Ernannt wurde Oberbuchhalter Johann Kapferer beim Rannergüterhaus Bruchsal auf 1. April d. J. zum Verwalter des Landesgefängnisses und der Weibersstrafanstalt Bruchsal.

Verleitet wurde Reallehrer Dr. Augustin Koch an der Realschule in Bühl in gleicher Eigenschaft an die Realschule in Emmendingen.

Übertragen wurde dem Revisor Karl Krehmer in Karlsruhe die Stelle eines Bureaubeamten beim Rentamt Salem und dem Oberbuchhalter Alois Sauer in Salem die Stelle eines Bureaubeamten bei der Domänenkanzlei des Prinzen Reg. und dem zurückgegangenen Betriebssekretär Alexander Müller in Konstanz unter Befassung dieser Amtsbezeichnung die etatsmäßige Amtsstelle eines Bureau- und Abfertigungsbeamten bei der Güterverwaltung Konstanz.

Erstmals angefaßt wurde Aktuar Anton Haug beim Amtsgericht Pfullendorf.

Telephonisches, Frankfurt wird in vier bis fünf Wochen eine neue Telephonverbindung mit der Reichshauptstadt erhalten. Die neue Leitung, die siebenmal nach Berlin, kommt auch Mannheim zugute, weil dadurch der Fernsprechverkehr zwischen Frankfurt und Berlin erleichtert wird und insbesondere auch die Mannheimer Fernsprechteilnehmer eher ihre Verbindung mit der Reichshauptstadt bekommen. Eine weitere bedeutende Entlastung wird die zweite direkte Leitung von Mannheim nach Berlin bringen, die voraussichtlich in etwa 14 Tagen in Betrieb genommen werden kann.

Mannheimer Diesterwegverein. Ueber „Mädchenschulreform und Hygiene“ wollte gestern im Aulaale der Friedrichsstraße Herr Dr. Jul. Moses sprechen. Das Thema erfuhr aber insofern eine Abänderung, als Herr Dr. Moses über die „Mädchenerziehung im allgemeinen“ sprach. Die Eigenart der geistigen Entwicklung des weiblichen Geschlechts fordert vor allen Dingen eine dementsprechende Einteilung der geistigen Stoffaufnahme in der Schuleraziehung. Ueberanstrengung beim Lernen, die oftmals durch den dem Mädchen eigenen Ehrgeiz hervorgerufen wird, führt oft zur Schädigung der organischen Entwicklung. Zudem sei der Prozeß der Ausbildung bei dem Mädchen ein ganz anderer, als beim Knaben. Die natürliche Bestimmung des weiblichen Geschlechts darf nicht außer Acht gelassen werden. Meiner meinet sich zu der neuzeitlichen Gemeinschaftserziehung der Knaben und Mädchen in den Mittelschulen. Obwohl diese gemeinliche Erziehung eine ästhetische Bedeutung hat, ist sie nicht frei von hygienischen Bedenken. Nur zu oft stellen sich bei dem Mädchen infolge der Ueberanstrengung der geistigen Kräfte allerlei Krankheitserscheinungen ein, wie Nervosität, Bleichsucht, Blutornat, heftige Erregungen. Die verminderte Bewegungsfähigkeit des Mädchens in der freien Zeit dem Knaben gegenüber begünstigt diese Krankheitserscheinungen. Herr Dr. Moses kam dann auf den Mangel des Nachwuchses in den oberen Bevölkerungsschichten zu sprechen. Es liege bei der heutigen Erziehungsmethode des weiblichen Geschlechts eine Gefährdung der Generationeninteressen vor. Es müsse vor allem eine den Entwicklungsperioden des Mädchens entsprechende geistige Erziehung stattfinden. Die Erziehung des Knaben, die auf die Erwerbshilfsfähigkeit des späteren Mannes hinausläuft, kontrastiere mit derjenigen des Mädchens, deren erster Gesichtspunkt wohl der natürliche Beruf, der der Mutter, bilde. Aus diesem Grunde wird die geistige Weiterentwicklung des intelligenten Mädchens auf andere Art gesehen, als die des jungen Mannes, der mit dem Bewußtsein seiner Zweckbestimmung als Berufstätiger die Bahn der geistigen Fortbildung beschreitet. Während das preussische Schulgesetz bislang sehr zu wünschen übrig ließ, ist es in jüngster Zeit mit einer Neuerung an den Tag getreten, mit einer Frauenfortbildungsschule, das sogenannte Liceum. Dem Leben des Mädchens soll damit ein höherer Gehalt gegeben werden. Der Institution begegnet man mit viel Mißtrauen. Jedenfalls muß sie sich erst erproben. Der Referent kam schließlich auf die beiden Arten der Frauenbewegung zu sprechen, auf die geistige und die proletarische Frauenbewegung. Des weitern zog Herr Dr. Moses statistische Vergleiche zwischen den Frauenberufen und den Geburts- und Sterblichkeitsziffern in Amerika, England und Deutschland. In der darauf folgenden Diskussion erwähnte Frau Wolff-Paff, daß sie eine eingehendere Behandlung des Mädchenschulwesens erwirrt hatte. Frau Julie Wassermaun bricht ihre Vortragsrede über den Vortrag aus und befragt die darin enthaltenen Anregungen. Ein Herr sprach über das Verhältnis der unteren und oberen Volksschichten zueinander einige Worte. Nachdem Herr Dr. Moses noch einige Darlegungen über das Mädchenstudium gemacht hatte, wurde der Vortrag von Herrn Hauptlehrer Guderlin, der auch den Abend eröffnete, mit Dankworten geschlossen.

Für die Schulweisung armer Kinder wurden vom Stadtrat 5000 Mark in das Budget eingestellt. Hieraus soll laut „Volksh.“ den Kindern, die an Unterrichtslehre leiden, täglich ein Mittageffen in der Volksschule verabreicht werden. Durch das anerkennenswerte Entgegenkommen des Frauenvereins können für diesen Betrag 100 Kinder gespeist werden. Ueber die Beweissung der Bedürftigen entscheidet der Schularzt in Verbindung mit dem Klassenlehrer und dem Frauenverein. Die Speisung der Kinder soll — mit Ausnahme der großen Ferien — auf das ganze Jahr ausgedehnt werden; jedoch nur dertart, daß die einzelnen Kinder nur drei Monate lang daran teilnehmen können. Da nach den letzten Erhebungen 32 Kinder ohne Mittagessen zur Schule kamen, so A damit nur etwa einem Drittel der armen Kinder gebissen.

Erstencafé-Konzerte. Ein abendliches auf beschiedenes Lokal bewies am besten, wie sehr die vortzählige Konzerte des Damenorchesters „Gansa“ gefallen. Das ausgezeichnete Zusammenspiel und die gut ausgewählten Programme bewiesen diesen Erfolg. Für die Gastmächstlinge sind besonders gute Programme zusammengestellt.

Karneval in Heidelberg. Der zweite öffentliche Karneval, der am nächsten Sonntag stattfindet, wird voraussichtlich den ersten noch weit übertreffen. Die Dekorationen,

die inoffiziellen haben entfernt werden müssen, werden reich und schöner wieder aufgebaut. Der Ballsaal, der vorwiegend in Blau gehalten war, wird mit gelben Blumen durchsetzt, und in die Apsiden wird ein prächtiges Arrangement von Girlanden und Bändern eingebaut, die von den vier Deckenlampen ausstrahlend, ein reiches Gedächtnis mit einer zweiten Tanzgruppe freischiebend hält. Die „berühmten“ sechs humoristischen Cellisten, unter denen der „Mitter“ (von hinten gesehen) und der „M. Hinzrichshaus“ (Vorn-Ansicht beim Mondschein) am meisten Aufsehen erregt haben, sind diesmal in einem Nebenloale als besondere Gemäldegalerie aufgestellt. Ganz neu ist, daß am Sonntag auch die an den Ballsaal anstehenden Restaurationsräume festlich decoriert sind. Man glaubt sich in ein riesiges Schloßmüßel versetzt.

Erkrochen hat sich heute morgen im Bette ein auf dem Jungbühl wohnender lebiger 21 Jahre alter Techniker. Was den lebenslustigen jungen Mann, der sich noch gestern in heiterster Stimmung an einer Familienfeier beteiligte, in den Tod getrieben, ist gänzlich unbekannt. Er hat auch keine Aufzeichnungen, die darüber Aufschluß geben, hinterlassen. Auf einem Bettel, der vorgefunden wurde, steht nur, daß man seinen kranken Vater vorbereiten solle. Der Lebensmüde schoß sich mit einem Revolver in die linke Schläfe und war sofort tot. Ein im gleichen Zimmer schlafender Bruder konnte den Selbstmord nicht verhindern, da er erst durch den Schuß aus dem Schlafe gerissen wurde.

Konkurs. Ueber das Vermögen des Architekten Friedrich Hartmeyer hier wurde das Konkursverfahren eröffnet. Just Konkursverwalter wurde H. W. Dr. Ebb ernannt. Konkursforderungen sind bis zum 15. März anzumelden. Prüfungstermin: Freitag, den 2. April.

### Gerichtszeitung.

oc. Karlsruhe, 18. Febr. Das Eisenbahnunglück bei Wilsbergingen am Abend des 27. November v. J., fand heute ein gerichtliches Nachspiel vor der Strafkammer. Angeklagt waren der Eisenbahnassistent Hoffmann und der Hilfsbahnwärter Schneider, beide in Wilsbergingen stationiert, wegen Vergehens gegen § 316 Ziff. 2 und § 222 Ziff. 1 und 2 des R. St. G. B. Infolge falscher Weichenstellung anzuleite ein Güterzug, nachdem kurz vorher der Orientzug die Strecke passiert hatte. Bei dem Unfall verlor der in Karlsruhe stationierte Zugführer Klein das Leben. Das Gericht verurteilte nach 10stündiger Verhandlung Hoffmann zu 7 Monaten 2 Wochen Gefängnis, Schneider zu 7 Monaten Gefängnis. Es werden je 2 Monate der erklärten Untersuchungshaft angerechnet. — Die Strafkammer hatte sich weiter mit einem größeren Diebstahlprozess zu befassen. Es handelte sich um den Diebstahl bezw. Weiterveräußerung gelohlenen Geldes. Die Diebe sind bisher noch nicht ermittelt. Das Gericht erkannte gegen den vorbestraften 40 Jahre alten Kaiser Gustav Adolf Red aus Pforzheim auf 2 Jahre 6 Monate Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust, 8 Monate Untersuchungshaft gehen ab. Der 31 Jahre alte Kaiser Friedrich Beugler aus Untermeilbach wurde zu 6 Monaten Gefängnis abzüglich 2 Monate Untersuchungshaft, der 34 Jahre alte Kaiser Joseph Schwein aus Limmert zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt.

### Theater, Kunst und Wissenschaft.

#### Ferdinand Raimund und Johann Nestroy.

Aus Heidelberg, 18. Februar, wird uns von unserem N-Korrespondenten geschrieben: Auf Veranlassung des Kaufmännischen Vereins hielt gestern Herr Prof. Dr. Max Freiherr von Waldberg einen geistvollen und fesselnden Vortrag über: „Ferdinand Raimund und Johann Nestroy“, die zwei genialsten Vertreter der Wiener Volksbildung im Anfang des 19. Jahrhunderts. Der Redner charakterisierte zunächst das geistige Leben Wiens in dieser Epoche. Eine künstlerische Stagnation, ein behagliches geistiges Hindämmern war der Normalzustand; nur auf einem Gebiete zeigten die Wiener ein großes Interesse: für das Theater. Die volkstümliche, aus dem täglichen Leben schöpfende Theaterbildung hat eine Fülle von Kraft entwickelt. Der gefährdete Handwirth, vor dem selbst die Jenur Dolt machte, war die siebenbeinige Figur im Wiener Volkstheater; daneben mochte sich ein parodistisches Element geltend. Eine prunkende Ausstattung erhöhte die Anziehungskraft der Stücke. — Auf diese Elemente baute Ferdinand Raimund 1790-1836 seine in ihrer Art höchsten Volksstücke auf. Außerordentlich klar und bloßlich magte der Redner die Gestalt Raimunds hingustellen; besonders fein und überzeugend zeichnete er die innere Wandlung des Dichters und Schauspielers, der, anfangs in den künstlerischen Anschauungen seiner Zeit gefangen, mehr und mehr das sittliche Moment in seinen Stücken betonte und das Verlesse und Rosenkranz zurücktreten ließ wie im „Bauer als Millionär“, im „Menschenfeind“ und im „Verführer“. Der herbe Witz wich einem Humor, der unter Thränen lächelt; der vom Weh der Welt ergriffene Volk offenbarte mehr und mehr Gemüthsruhe und Weisheit, bis endlich Schwermut ihn umdüsterte und er 1836 seinem Leben ein Ende machte. Der unmittelbare Anlaß zu dieser Zeit war die Einführung von Nestroys Lumpenoperngedankens, den Raimund als eigene Höhe auf alle seine Ideale empfand. — Nestroy, der Wiener Aristophanes, geb. 1812 in Wien, gest. 1862 in Graz, war im Gegensatz zu dem Idealisten Raimund ganz der praktische Realist, der auf Grund eingehender Kenntnis des Theaterspublikums in Wih. derber Komik, Satire und Jynismus die einzige Waffe gegen die unheimlichen Zustände seiner Zeit sah. „In Lobert verleihe ich mich nicht, lachen sollen die Leute, und ich will Geld verdienen und auch lachen.“ Seine ca. 70 Stücke, unter denen „Lumpenoperngedankens“, „Jubith und Golefernes“, „Reinheit in Arzählwinkel“ noch heute ihre Anskraft nicht verloren haben, entbehren durchaus der Wahrscheinlichkeit und logischen Entwicklung der Handlung; aber, was die hölzernen Schablonen beiseite und dem Lichter und Schauspieler durchschlagenden Erfolg brachte, war die erbarmungslose Wahrheit der Reithilder, die beiseite, überaus wichtige Kritik an allem Bestehenden, der allerdings nichts heilig war, keine Opposition gegen die Verkommenheit seiner Zeit. Er erob sich über die Welt, indem er sie verachtete. Noch heute haben die Vollen Nestroys wegen ihrer inneren Wahrheit kulturhistorischen Wert als treue Abbilder der Zeit. — Durch charakteristische Stichproben aus den Stücken heider Dichter erstobte Prof. von Waldberg den Reiz seiner Ausführungen, die den begeisterten Beifall der Hörer auslösten.

Die deutsche Musik der Gegenwart. Der Verfasser des von uns im gestrigen Abendblatt besprochenen Buches heißt Rudolf Poniß nicht Richard Poniß, wie in dem Referat der Name des Autors irrthümlicherweise angegeben worden ist.

Aus dem Großherzogtum.

oc. Schwehingen, 18. Febr. Dieser Tage ist an sämtliche Bürgermeisterämter u. Gemeinderäte des Amtsbezirks Schwehingen von der Kommission zur Errichtung eines Gewerbegerichts für den Amtsbezirk Schwehingen eine Petition abgegangen, in der ausführlich die Gründe über die Notwendigkeit zur Errichtung eines Gewerbegerichts dargelegt sind.

oc. Bchern, 18. Febr. Das Gesamtvermögen der Stadt Bchern beträgt 1.230.015 M. 93 Pf. Die Schulden belaufen sich auf 798.586 M. 29 Pf. Es verbleibt somit ein Reinerwerb von 431.429 M. 63 Pf.

Letzte Nachrichten und Telegramme.

München, 18. Febr. Die Staatsbahnen Bayerns, rechtsrheinisches Reg., haben lt. „Kff. Bl.“ im Januar eine Gesamteinnahme von 13.250.000 M. erzielt, gegen 13.085.949 im Januar 1908.

Stendal, 18. Febr. Der amtliche Bahmverlehr zwischen Seehausen in der Altmark und Gersdorfberg wurde heute früh wegen Ueberschwemmung der Weisse eingestellt. Der Zeitpunkt der Wiedereröffnung des Verkehrs ist zwischen Seehausen in der Altmark und Gersdorfberg als auch zwischen Sperburg und Seehausen fest noch nicht vorzusehen.

Berlin, 18. Febr. Der „Reichsanzeiger“ meldet: Der Kaiser nahm gestern Vormittag im Schloß die Vorträge des stellvertretenden Artillerie-Prüfungs-Kommission, Generals der Artillerie v. Richter, des Kriegsministers General der Kavallerie v. Einem, des Chefs des Generalstabes der Armee, General der Infanterie v. Rautz und des Chefs des Militär-Kabinetts, Generalleutnant Febr. v. Linder, entgegen.

Berlin, 19. Febr. Die „Korrb. Abg. Bl.“ schreibt: Der deutsche Botschafter in Paris erklärt in einem beim ausserordentlichen Amt eingegangenen Telegramm, daß er der Veröffentlichung der höchstehenden Depesche im „Matin“ völlig fernstehe. Gleichzeitig gibt der Botschafter seiner Entrüstung Ausdruck, daß die Zeitung in unangenehmer Weise einen mit seinem Namen bezeichneten Kommentar abgedruckt habe.

Lausanne, 19. Febr. Als Nachfolger des Professors Mühlendörfer wurde vom schweizerischen Staatsrat Dr. R. Bagen-berger, Privatdozent an der Universität Zürich, als außerordentlicher Professor für deutsches Zivilrecht und deutsche Rechtsgeschichte an die Universität von Lausanne berufen.

Rom, 18. Febr. Die nach der „Kff. Bl.“ verlautet, hat Vostien seinen Bericht über die Verhandlungen der für den Bau der Gotthardbahn vorgeschlagenen 58 Millionen angeboten, wenn es eine Entschädigung für die neue Bahn zu dem projektierten Splügenstunnel erhalte. Die Verhandlungen waren in diesem Sinne. Österreich erbot jedoch, wie das „Giornale dei Lavori Pubblici“ mitteilt, Protest, und zwar aus strategischen Gründen, weil die Bahn Italien die Konzentration von Truppen in der Nähe von Triest ohne Verletzung österreichischer Territoriums ermöglichen würde. Die Angelegenheit wird vor die Kammer gebracht.

London, 19. Febr. Nach einer Müttermeldung aus Teheran wurde Prinz Schahab es Sallaneh am 16. Februar in Persien, als er dort, von Europa kommend, landete, von den Revolutionären gefangen genommen. Für seine Freilassung wird ein Lösegeld von 1000 Pfund verlangt.

Graf Brandenstein-Zepelin.

Stuttgart, 19. Febr. Heute Mittag um 1 Uhr fand in der hiesigen Schloßkirche die Trauung der Gräfin Julia von Zepelin, der einzigen Tochter des Grafen von Zepelin, mit dem Oberleutnant im Infanterie-Regiment König Karl Nr. 19, von Brandenstein, statt. Zu der kirchlichen Feier waren erschienen der König und die Königin, die Herzogin von Wera, Herzog Albrecht von Württemberg, Prinz Max von Schaumburg-Lippe, die Herzogin von Wrad sowie Mitglieder der Hofgesellschaft und des Offizierskorps. Die Trauung vollzog der Hofprediger Dr. Hoffmann.

Stuttgart, 19. Febr. Der „Staatsanzeiger“ schreibt: Der König hat den Oberleutnant im Infanterie-Regiment König Karl, 1. württembergisches Nr. 19, Alexander v. Brandenstein, nämlich seiner Verwundung in mit der Gräfin Zepelin in den Grafenstand des Königreichs mit der Ranggabe erhoben, daß der Grafentitel samt der dem Namen v. Brandenstein beizugehenden Bezeichnung Zepelin sich im Mannesstamm nach der Dynastiefolge und dem Erbgebührenrecht vererbt.

Zur Lage in Oesterreich.

Wien, 18. Febr. Die Besprechung zwischen dem Ministerpräsidenten Fechen v. Wienert und den deutschen Botschaftern, wozu auch Herrenhausmitglieder, wie Wärensreiter und Graf Kossig teilnahmen, erzielte ergebnislos. Wienert fragte, unter welchen Bedingungen die Deutschen eine Lösung des böhmischen Landtages am Ostern zulassen würden. Die Deutschen antworteten, die finanzielle Rat in Böhmen sei zwar groß, aber weder bei den Deutschen noch unter den Tschechen sei die Stimmung einer Lösung gütlich. Der Gegenstand der Deutschen, wozu Wienert den Reichstag einzuberufen gedachte, wird der Ministerpräsident aus, indem er sagte, er werde für diese Frage eine besondere eigens zusammengesetzte Konferenz einberufen. Ueber den Verkauf ihrer Besprechung berichtigte nachher die Deutschen dem Vollzugsauschüsse; dieser billigte ihr Vorgehen. Die Jungtschechen geben eine Erklärung aus, daß sie zwischen der Tagung des böhmischen Landtages und des Reichstages kein Juncium aufzustellen gedenken.

Herrn Bülow und die Agrarier.

Berlin, 19. Febr. Zur Rede des Herrn Bülow auf dem Schloß des Landwirtschaftsministers macht die „Voss. Bl.“ einige Bemerkungen, in denen die Verstimung des Handels über Bülow's weites Entgegenkommen gegen das Agrarierthum zum Ausdruck kommt. Das freistündige Blatt schreibt:

Der Handelsstand hat es nicht so gut wie das Agrarierthum. Bei dem Festmahl des deutschen Handelsbundes wird gewöhnlich ein Schreiben des Reichstages gelesen, das sein Ausbleiben entschuldigend. Beim Essen des deutschen Landwirtschaftsministers erscheint er persönlich und hält die übliche Rede. Gekrönt hat er wieder die große Bedeutung der Landwirtschaft für die Unabhängigkeit des Landes und seine Wohlfahrt betont. Tatsächlich kommt doch die Landwirtschaft nicht mehr in Betracht als Handel und Industrie. Aber man weiß, daß der „agrarische Reichstagsler“ den Mund nicht voll genug nehmen kann, wenn es gilt, die Landwirtschaft zu rühmen. Herr Bülow ist kein Programm gewesen, seit er sein Amt übernahm, und ihm „werde ich treu bleiben, so lange ich mein schweres Amt fühle; das dauert vielleicht noch länger, als meine Gagner hassen.“ Diese Bemerkung richtet sich offenbar gegen neuerdings geschildert verbreitete Gerüchte, als sei Herr Bülow entschlossen, im September, andere Schanden sogar im Mai, seinen Abschied zu nehmen. Zum

übrigen gibt die Rede des Reichstagslers neben einer Anerkennung der günstigen Wirkung, die der Besuch König Eduards und das Marokko-Abkommen mit Frankreich geübt haben; in einer dringenden Aufforderung an die Agrarier, bei der Reichstagsfinanzreform mitzutun, da es sich dabei um Ehre und Existenz des Reiches handele. Natürlich fand die Rede den hergebrachten Beifall. Ob sie irgend welchen Einfluß auf die Haltung der Reichstagsmitglieder gegenüber der Nachschneuer üben wird, kann einwillig begweifelt werden. Die Agrarier sind gewiß bereit, allerlei Steuern zu bewilligen, die — nicht die Landwirte, sondern die Volksmassen tragen sollen.

Ein Pariser Physiker über die Berliner Attentate.

Paris, 18. Febr. Die Taten des Berliner Reserverechers werden auch in Paris mit steigender Aufmerksamkeit verfolgt. Die „Revue Démocratique“ hat den bekannten Gelehrten Dr. Rubinowitsch, den leitenden Arzt der Heilanstalt von Bicêtre, um seine Meinung befragt. Rubinowitsch macht natürlich die Vorbehalte, die er ohne altentwässertes Material der Delikte machen mußte, gab dann aber doch die Ansicht zu erkennen, der geheimnisvolle Reserverecher handle unter dem Einfluß einer Manie, die ihn zum Reserverecher treibe, wie ein Aseptomanie widerstandlos zum Stehlen gezwungen werde. Sachliche Reizungen glaubt Rubinowitsch in der Tat nicht zu erkennen, da die Lust an der Grausamkeit, die das Kennzeichen der Sotilien sei, fehle. Die große Zahl der Delikte erklärt Rubinowitsch durch den Nachschneuertrieb, der bei jedem sensationellen Verbrechen eine Art von Epidemie erzeugt. Er erinnert an den Pariser Japfabschneider und ähnliche Fälle. In letzter Beziehung mag Rubinowitsch wohl recht haben. Wenn er aber in den Taten selbst eine Manie ohne Lustmotive erblickt, dürfte er irren. Die Kriminalchronik kennt Fälle, die den Berliner Fällen völlig gleichen, und von denen die bekanntesten die des Reserverechers von Bogel aus dem Jahre 1829 sind. Weitere Fälle wurden in Augsburg und in den sechziger Jahren in Leipzig beobachtet. In allen diesen Fällen war der Antrieb zum Stehlen rein eraltischer Natur.

Die Ereignisse auf dem Balkan.

Sofia, 18. Febr. Eine Extraausgabe des Blattes „Breme“ meldet, daß Frankreich, England und Rußland die bulgarische Unabhängigkeit anerkannt haben und daß auch die Zustimmung der anderen Mächte erwartet wird. König Ferdinand wird in Petersburg als Souverän empfangen werden.

Prag, 19. Febr. Unter den hiesigen Serben wurden Sammlungen zur Auslösung serbischer Bonden veranstaltet. Zum Vorkalt gegen Oesterreich-Ungarn wird von den Serben immer noch sehr gehat; dennoch finden die oesterreichisch-ungarischen Waren hier ungehindert Absatz.

Die Reise des Kronprinzen ins Ueberschwemmungsgebiet der Elbe.

Berlin, 18. Febr. Reise des Kronprinzen in das Ueberschwemmungsgebiet an der Elbe. Der Kronprinz hat gestern das Ueberschwemmungsgebiet westlich der Elbe besucht, um sich an Ort und Stelle über den Umfang des Unglücks zu unterrichten und dem Kaiser aus unmittelbarer Anschauung Bericht zu erstatten. Er traf über Wittenberge früh 3 1/2 Uhr in Seehausen mit den Ministern von Rautz und von Arnim, dem Oberpräsidenten von Segel, dem Regierungspräsidenten von Borries und dem Landrat von Jagow zusammen und unternahm eine Befahrung des Ueberschwemmungsgebietes in offenen Wagen, die zunächst über Werben nach Berge führte. Dort hat die Elbe, deren weiterer Lauf von hier ab auf eine meilenlange Strecke durch gewaltige Eis-massen völlig verstopft ist, den Hauptdeich nach Westen hin durchbrochen und ergießt durch einen über hundert Meter breiten, sich wohl noch immer erweiternden Bruch ihre hochgeschwollene Flut mit voller Gewalt in den Polder, den hier der Hauptdeich mit dem alten, dem früheren westlichen Lauf der Elbe folgenden, noch aus Friedrich's des Großen Zeiten herrührenden Deiche bildet. Eine Kletterpartei über die teilweise meterhoch auf dem Deich zu beiden Seiten der Bruchstelle aufgestellten Eis-massen überzeugte den Prinzen, daß hier der Deich trotz todesmutiger Verteidigung durch die Bewohner der benachbarten Ortschaften nicht hätte gehalten werden können. Der Deich war in der Nacht von Sonntag auf Montag gebrochen. Die Wassermassen hatten dann den etwa 1000 Hektar großen Polder dahinter sehr schnell bis zum Rande gefüllt und demnächst auch den alten Deich bei Rannenberg in der Richtung auf Gieselslage und Jden durchbrochen. Auch diese Durchbruchstelle, durch die zur Zeit die Elbe mit ihren gesamten Wasser- und Eis-massen in die fruchtbare, reich angebaute Ebene des Osterburger Kreises hinausströmte, wurde eingehend besichtigt. An eine Verstopfung der beiden Durchbrüche an beiden Deichen ist bei der Gewalt der Strömung und der mitgeführten Eis-massen zur Zeit nicht zu denken. Wenn es nicht gelingt, das verstopfte Elbdeich baldigst zu räumen, worüber aber trotz fleißigster Tätigkeit der verfügbaren Eisbrecher, da die Eis-massen stellenweise 10 bis 15 Meter hoch aufgetürmt sind, auch bei der Zufuhrnahme umfangreicher Sprengarbeiten noch mehrere Tage hingehen können, wird die Ueberschwemmung der Gegend die größte werden, welche sie je erlebt hat, und die von 1771, bei der etwa 20 000 Hektar unter Wasser gewesen sind, leider noch erheblich über-treffen. Man muß damit rechnen, daß die ganze „Wisch“ eine Breite, sich von der zweiten Durchbruchstelle nach Nord-westen hinziehende Niederung von etwa 40 000 Hektar Umfang, die erheblich niedriger liegt als der Durchbruch bei Rannenberg, bis zum Kaland und, wenn dessen Deiche nicht wider- stehen noch darüber hinaus von der Ueberschwemmung ergriffen werden. Glücklicherweise sind Menschen bisher nicht verunglückt. Ein Pionierbataillon, eine Kompanie Infanterie und Stendaler Husaren sind an Ort und Stelle und beteiligen sich unermüßlich an der Rettung der durch das Wasser in ihren Gefächern abgetrennten Bewohner, ihres Viehes und ihres nothwendigen Hausrates. An Vieh sind aber immerhin schon empfindliche Verluste entstanden, die zum Teil daraus zurückzuführen sind, daß die Bewohner an eine solche Ausdehnung der Ueberschwemmung nicht glauben wollten u. nicht zum rechtzeitigen Abtreiben ihres Viehes in höher gelegene Gegenden zu bewegen gewesen sein sollen. Wie gewaltig schnell das Wasser aber fortschritt, davon bekam auch der Kronprinz ein Vorbildchen zu spüren. Auf der Rückfahrt von Werben nach Seehausen bot die Chaussee, von der aus wenige Stunden

dorther die steigende Flut nur am Horizont als ein schmales, in der Sonne glühender Streifen nach vier bis fünf Kilometern entfernt zu erblicken gewesen war, schon mehr als eine halbe Meile vor Seehausen das Bild eines Mühlenwehrs, über welches sich die fortwährend noch steigenden Wassermassen rauschend und sprudelnd ergossen. Die Wagen mußten deshalb verlassen werden, und in drei Pontons der Pioniere wurde die Reise nach Seehausen, nicht ohne mannigfache und zum Teil nicht ganz harmlose Störungen durch Jaunbrüche und in der tiefen Dämmerung unter dem Wasser nicht mehr erkennbare Jaunpfähle, fortgesetzt, wo man erst in voller Dunkelheit wieder ankam. Während war die Freude der Bewohner in allen von dem Unheil betroffenen Ortschaften, die der hohe Besuch berührte. In der teilnehmendsten und freundlichsten Weise ließ sich der Kronprinz überall, wo gehalten wurde, von den Geschädigten über ihre Verluste Auskunft geben, ermutigte die Beträmmerten durch gütigen Zuspruch und hinterließ vor der Abreise dem Landrat und dem Oberpräsidenten zur Verbindung der ersten Not eine bedeutende Geldsumme, die er vor seiner Abreise in das Ueberschwemmungsgebiet schon durch telegraphischen Aufruf der Hilfsbereitschaft wohlhabender Bekannter gesammelt hatte, und die durch eine Spende von 10 000 Mark aus dem Dispositionsfonds des Kaisers noch erhöht worden war. Der Umfang des Schadens im Ueberschwemmungsgebiet ist noch nicht zu übersehen. Jedenfalls ist er sehr bedeutend. Innerhalb des Polders, der den ersten Sturm des Wassers und der Eis-massen auszuhalten gehabt hat, wird der hohe Kulturstand des Landes auf Jahre hinaus zerstört sein. Die Gehöfte haben dort sehr gelitten und sind sämtlich verlassen. Auch außerhalb, gegenüber der zweiten Dammbrechstelle am alten Deich, ward ein massives Haus im ersten Anprall der Wassermassen zur Hälfte weggerissen. Inwieweit in der „Wisch“ und in der Kaland-Niederung die Felder bewässert sind und für längere Zeit ertragslos geworden sein werden, hängt von der Dauer der Ueberschwemmung und von der Rasse der Einkoste ab, die das Ueberschwemmungswasser mit sich führt. Jedenfalls werden zahlreiche Baulichkeiten ernstlich Schaden nehmen und die Viehhaltung der Bewohner wird bedeutend geschädigt werden, da die Futtervorräte weggeschwommen oder verdorben sind. An die Wiederherstellung der Deiche kann nicht gedacht werden, bevor der Eisgang aufgehört hat und der Wasserstand auf einigermaßen normale Höhe zurückgegangen sein wird. Es ist durchaus notwendig, daß mit ferneren Spenden hilffreier Liebeshätigkeit geholfen, und, wo besondere Not entstandene ist, ihr schnell gesteuert wird. Unter Leitung des Oberpräsidenten von Segel hat sich ein Komitee gebildet, welches die Hilfsstätigkeit in der zweckmäßigsten Weise organisieren wird.

Deutscher Reichstag.

W. Berlin, 19. Februar.

Am Bundesratssitz: Niemand.

Präsident Graf Stolberg eröffnet die Sitzung um 2 06 Uhr. Auf der Tagesordnung steht zunächst die Fortsetzung der Beratung des sozialdemokratischen Antrages auf Einführung des Koalitionsrechtes für Landarbeiter sowie zweier den gleichen Gegenstand betreffende Petitionen: Des Dienstboten-Bereins Nürnberg und Umgegend: Änderung des Rechtsverhältnisses des Gehindeten, Abschaffung der Gehinde-Ordnung, Ausdehnung der Versicherungs-Versetzgebung, Sonntagsruhe, und des polnischen Agrar-Bereins Thorn auf Aufhebung der Gehinde-Ordnung und Gewährung des Koalitionsrechtes an ländliche Arbeiter. Auf Antrag des Abg. Freiherrn v. Hertling wird eine Zentrums-Resolution mit zur Beratung gestellt, in der ein Gesetz gefordert wird, durch das für diejenigen Gebiete Deutschlands, in denen entgegenstehende Bestimmungen bestehen auf landwirtschaftliche Arbeiter unter Wahrung der besonderen landwirtschaftlichen Verhältnisse, die Freiheit gewährt wird, Vereinbarungen zum Zwecke besserer Arbeitsbedingungen zu treffen.

Kredits-Polizier (kon.) Ich weise die Angriffe der Sozialdemokratie, die von den landwirtschaftlichen Verhältnissen keine Ahnung hat, auf die ländlichen Arbeitgeber entristet zurück. Die Lage der ländlichen Arbeiter ist keineswegs so trostlos, wie es immer hingestellt wird. (Große Unruhe links, lebhaftes Bravo rechts, anhaltender Lärm.)

Zubeil (Soz.) Der Vorredner glaubt der Sozialdemokratie sagen zu müssen, sie verheißt nichts von landwirtschaftlichen Verhältnissen. (Sehr wahr, rechts.) Da möchte ich wissen, was Herr Werner, der am 1. Beratungstage sprach, als früherer Kaufmann (Glode des Präsidenten: Ich bitte Sie, nicht auf die Privatverhältnisse des Abgeordneten zu sprechen zu kommen.) Jubel fortsetzend: Herr Werner hat aus seiner Sachkenntnis heraus gesagt, die Schuld an den schlechten Verhältnissen auf dem Lande trage die Verheerung der Sozialdemokratie, nicht die lange Arbeitszeit. (Sehr richtig, rechts.) Demgegenüber sage ich, die Leute dürfen nicht gezwungen werden, 14 oder 16 Stunden arbeiten zu müssen. Die Ueberstunden müßten ihnen wenigstens vergütet werden. Vernünftige Kontrakte sollten abgeschlossen werden, dann würde der Kontraktbruch verschwinden. In erster Linie treten wir für unsern Antrag ein, der der kaiserlichen Vorkchaft vom 17. Nov. 1881 entspricht, in zweiter Linie stimmen wir dem Zentrumsantrage zu.

Büderwald (Reform.) Auch ich befreite der Sozialdemokratie, daß sie von den landwirtschaftlichen Verhältnissen etwas versteht, wenigstens so weit es sich um bessere Verhältnisse handelt. Unleren heftigen Landarbeitern bietet der sozialdemokratische Antrag nichts Neues. Sie haben schon heute das Koalitionsrecht. Großgrundbesitzer können wir nicht. Dessen hat nur Bauernschaft, in der die ganze Familie tätig ist. Wenn ich somit als Süddeutscher dem Antrag auch zustimmen könnte, so kann ich es doch nicht für das ganze Reich tun. Die Verhältnisse sind eben in den verschiedenen Gegenden vollständig verschieden. Die einzelstaatliche Gesetzgebung muß hier beachtet werden.

Der sozialdemokratische Antrag ist nicht ehrlich gemeint. Er hat seine Hintergedanken. Nichts liegt der Sozialdemokratie ferner, als die Schaffung des Bauernstandes. (Sehr richtig links.) Die Agitation der Sozialdemokratie wie sie heute geführt wird, ist Verheerung. (Dro bei den Sozialdemokraten, sehr richtig rechts.) Besser wird es erst werden, wenn der Jünglings-Hoffmann Kultusminister und Herr Zubeil Landwirtschaftsminister geworden ist. (Große Heiterkeit.)

Ernennungen, Versetzungen, Zurufesetzungen etc.

Der einmütigen Beschlüsse der Gehaltsklassen H bis K, sowie Ernennungen, Versetzungen etc. von nichtetatmäßigen Beamten.

Aus dem Bereiche des Großh. Ministeriums des Großh. Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten.

— Staatsbahndirektion. —

Befördert: zum Stationsaufseher Stationswart Georg Bender in Dirchsprung. — Ernannt: zum Bureaugehilfen: Reichenswälder Matthäus Gaier in Bruchsal; zum Bahnhofsassistenten: Weichenwörter Eduard Frösinger in Offenb.

Aus dem Bereiche des Großh. Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts.

Statmäßig ange stellt: Laborant Josef Bühler am chemischen Laboratorium. — med. Abt. — der Universität Freiburg. — Jugewiesen: die Aktiare: Karl Geppert beim Amtsgericht Karlsruhe dem Amtsgericht Donaueschingen.

Aus dem Bereich des Großh. Ministeriums des Innern.

Befördert: Revisionsgehilfe Josef Ruf in Schopfheim zum Bezirksamt Waldbrunn. — Dienstverhältnis gekündigt: dem Schuhmann Theod. Schmidt in Mannheim. — Entlassen auf Ansuchen: der beurlaubte Aktuar Wilhelm Maier, früher beim Bezirksamt Weinheim. — Zurufesetzt aus dem nichtetatmäßigen Hilfsbeamten Hiltschmidt in Heidelberg ernannt: Schuhmann Landolin Weber in Mannheim.

— Großh. Landesgewerbeamt. —

Jugewiesen wurde: Gewerbelehrer Eugen Schmitt in Tiengen als Hilfslehrer der Gewerbeschule in Forstheim.

Großh. Verwaltungshof.

Die Beamteneigenschaft verliehen an: Alfred Buchner, Verwalter und Friedrich Ding, Seiler, beide bei der Fab. u. Webereianstalt bei Wiesloch.

— Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaus. —

Befördert zum einmütigen Straßenmeister: der nichtetatmäßige Straßenmeister Josef Schmidt in Reutzb. — Die Beamteneigenschaft verliehen: dem Landstraßenmeister Nikolaus Angler in Nechingen, Wilhelm Wagner in Köppingen, August Wiggert in Kautenfurt. — Jugewiesen: der Aktuar Ludwig Belgner, bisher beim Notariat Oberrotweil, dem Bezirksamt in Landersheim als Vogerbuchgehilfe. — Befördert: der technische Gehilfe: Hermann Gold in Landersheim zur Kulturinspektion Heidelberg. — Entlassen die Landstraßenwärter Ernst Treher in Berrach (auf Ansuchen) Christian Nüch in Karlsruhe (durch Kündigung).

— Großh. Gendarmeriekorps. —

Zum Zivildienst angestellt: Schneider, Anton, Gerhart, als Konzeptschreiber bei Gr. Bahnbauinspektion in Bruchsal. — Befördert: die Gendarmen: Schneider, Karl, von Berrach nach Steinheim, Wid. Franz, von Rehl nach Berrach, Herzog, Seb. von Karlsruhe nach Forstberg, Wih. Ludwig, von Karlsruhe nach Baden, Bögt, Friedrich, von Karlsruhe nach Mannheim, Wenzler, Josef, von Rehl nach Krautheim, Juch, Karl, von Forstberg nach Müldau, Schweizer, Otto, von Baden nach Hirschberg, Breinlinger, Ernst, von Wiesloch nach Hirschberg, Heiler, Karl, von Mannheim nach Rosbach, Schenkein, Heinrich, von Mannheim nach Berrach. — In den Ruhestand versetzt: Schumacher, Philipp, Gar. Oberwachmeister in Wiesloch, Maier, Gottfried, Gar. Sigewachmeister in Doh.

Aus dem Bereiche des Großh. Ministeriums der Finanzen.

Steuerverwaltung.

Übertragen: dem Konzeptschreiber Ignaz Koffel beim Finanzamt Karlsruhe eine Bureaugehilfenstelle bei der Steuerinspektion Forstheim 3 (Bruchlingen). — Auf Ansuchen seines Dienstherrn entlassen: Unterbeher Herrmann Simmermann in Böhlingen. — In den Ruhestand versetzt: Steuerassistent Johann Brühlmüller in Sinsheim auf Ansuchen, unter Anerkennung seiner langjährigen treuen geleisteten Dienste.

Briefkasten.

(Alle Anfragen, jedoch nur von Abonnenten unseres Blattes, müssen schriftlich eingereicht werden; schriftliche, mündliche oder telephonische Auskünfte werden nicht erteilt. Die Auskünfte erfolgen ohne jede Rechtsverbindlichkeit.)

Abonnent Nr. 101. 1. Der Todter steht ein Erbrecht nur gegenüber ihrer Mutter, nicht ihrem Stiefvater gegenüber zu und zwar erbt sie 1/2, der Stiefvater 1/4 des Vermögens ihrer Mutter nach dem Gesetze. 2. Letztere ist aber berechtigt, ihren Mann testamentarisch auf den Pflichtteil zu setzen. Der Stiefvater erhält dann 1/2, die Tochter 1/4 des mütterlichen Vermögens.

Abonnent V. S. Das Zwedmäßigkeit ist, daß Sie in der Sache vorläufig nichts unternehmen. Zur Hinterlegung des erwähnten Betrages sind Sie keineswegs verpflichtet. Der Gemeinde gegenüber hatten Sie nicht, wenn Sie nachweisen können, daß Sie in der Auswahl des Baumeisters die im Verkehr erforderliche Sorgfalt angewendet haben. Dieser Beweis wird Ihnen nicht schwer fallen können.

Volkswirtschaft.

Babische Bank, Mannheim.

Nach dem Geschäftsbericht für das Jahr 1908 beziffert sich der erzielte Reingewinn auf M. 828 776 (i. V. 958 129 M.), zu welchem noch M. 24 846 (i. V. 24 957 M.) Vortrag kommen. An Dividende sollen 7 Prozent (i. V. 8 Prozent), wie bereits gemeldet, zur Verteilung gelangen. Auf neue Rechnung sollen M. 40 931 vorgetragen werden.

In der Bilanz stehen bei M. 9 Mill. Grundkapital u. M. 2 250 000 (i. V. 2 237 018 M.) Reserven die Grundstücke und Mobilien mit M. 568 291 (M. 591 789) zu Buch. Der Kassenbestand beläuft sich auf M. 9 356 025 M. (M. 7 144 154), der Wechselbestand auf M. 17 735 233 (M. 20 478 646), die Lombardforderungen auf M. 12 597 170 (10 203 846 M.), die Effekten auf M. 920 332 (M. 674 179). Diverse Debitoren betragen M. 2 635 255 (3 060 546 M.), während das Guthaben der Giro- und Konto-Korrent-Gläubiger sich auf M. 12 113 239 (12 569 200), und diverse Passiva sich auf M. 286 836 (273 349 M.) belaufen. Banknoten à 100 befinden sich im Umlauf in Betroge von M. 19 308 900 (17 169 700) M.

Das Erträgnis im Gewinn- und Verlustkonto weist folgende Beträge auf: Zinsen aus diskontierten Wechseln M. 941 900

Zinsen aus beliebigen Wertpapieren und Wechseln M. 372 853, Zinsen aus Guthaben, Provisionen und Devisengebühren M. 155 169, Ertrag aus eigenen Effekten M. 66 283. An Aufwendungen waren notwendig: für Steuern M. 63 473, Gehaltszahlungen M. 171 014, allgemeine Unkosten M. 54 131, Zinsen im Scheinverkehr M. 332 910, Ueberweisung an Beamten-Unterstützungsfonds M. 20 000, Renumeration an die Beamten M. 45 900 und Abschreibung auf Immobilien M. 20 000.

Im Bericht des Vorstandes wird ausgeführt: Das obgeleitene Geschäftsjahr 1908 — das 38. anderer Bank — stand unter der Einwirkung des wirtschaftlichen Rückschlages. Schon gegen Ende des Jahres 1907 machte sich eine Verlangsamung der industriellen Tätigkeit, begleitet von einem allgemeinen Rückgang der Rohstoffpreise bemerkbar, die sich im Verlauf des Berichtsjahres fortsetzte und zu weiteren Konjunkturrückschlüssen führte. Als Folge ergab sich Mangel an neuen Aufträgen, Weichen der Preise, Betriebseinschränkungen und Arbeiterentlassungen. Für den Geldmarkt bedeutete dieser Umschwung der wirtschaftlichen Verhältnisse naturgemäß eine Verminderung der Inanspruchnahme und damit eine erhebliche Erleichterung. Das Kapital, welches im Handel und Industrie keine nahrungreiche Beschäftigung finden konnte, wandte sich einerseits den festverzinslichen Anlagepapieren zu, die infolge dessen ansehnliche Kurssteigerungen erfahren konnten, während es andererseits den offenen Markt aufsuchte, und dort den Druck auf die Geldsätze ausübte. Der durchschnittliche Diskontsatz der Bank für 1908 betrug 4,76 Prozent, gegen 6,03 Prozent im Jahre 1907, stellte sich also ca. 1 1/2 Prozent niedriger als der des Jahres 1907. Der Privatdiskont blieb im Jahre 1908 im Jahresdurchschnitt mit 3,53 Prozent sogar um mehr als 1 1/2 Prozent hinter dem des Jahres 1907 zurück. Die Erträgnisse der Notenbanken, welche im wesentlichen auf das Diskont- und Lombard-Geschäft angewiesen sind, deren Ergebnisse also von der Gestaltung der Geldverhältnisse abhängen, mußte der geringere Geldwert naturgemäß ungünstig beeinflussen, so daß es ihnen nicht möglich war, Ueberhöhe in vorjähriger Höhe zu erreichen. Die Erträgnisse der Bank sind demzufolge gegen die des Jahres 1907 zurückgeblieben; immerhin gestattet aber der Abschluß die Verteilung einer Dividende von 7 Prozent gegen 8 Prozent im vergangenem Jahre.

Süddeutsche Getreide-Brocherei- und Spiritusfabrik G. m. b. H. Mannheim.

Von befreundeter Seite wird uns nachstehende Berechnung der Quote auf die nichtbevorrechtigten Forderungen im Konkursfall obigen Unternehmens zur Verfügung gestellt. Darnach stellt sich die veräußerbare Masse nach dem Stand vom 15. Febr. 1909 wie folgt: Hauptwert M. 900, Kassa M. 472, Waren usw. (Aufnahme 36 982 M., Minderwert M. 4 982) M. 30 000, Debitoren M. 33 260, Real (Barlantian) 1000 M., Summa M. 70 732. Die bevorrechtigten Forderungen betragen 10 000 M., die Kosten des Konkurses usw. 10 732 auf M. 20 732 M.

Im Konkursfall werden die 1. und 2. Hypothek ausbezahlt. Nicht ausbezahlt werden: Nr. 3. Hypothek mit M. 52 000, die vierte Hypothek mit 88 000 M. In Ueberschuß laufen M. 91 105. Die nicht bevorrechtigten Forderungen betragen 67 936, die bevorrechtigten Forderungen betragen M. 10 000. Die Forderung Zeit ist zu berücksichtigen mit 30 000 M., eine strittige Forderung etwa mit 20 000 M., zusammen M. 377 641, hierzu kommen noch nicht gebuchte Forderungen im Betroge von ca. 7558 M. Die veräußerbare Masse beträgt M. 50 000 ca. 15 Prozent der Forderungen von : M. 355 000.

Die mechanische Weberei J. Müller u. Co. in Mülhausen i. E. strebt nach dem „Conf.“ bei M. 691 000 Passiven und M. 398 000 Aktiven eine außergerichtliche Liquidation an. Es wird auf eine Quote von 85 Proz. gerechnet. Falls nach Forderungen aus laufenden Barkontrakten hinzukommen, dürften sich die Passiven um M. 400 000 erhöhen.

Kölnener Cassano Vanopitulum, A. G. Der Geschäftsbericht für 1908 bezeichnet das Jahresergebnis als befriedigend. Die Zahl der Besucher belief sich auf 151 269 (i. V. 153 769) Personen. Da in früheren Jahren keine oder nur geringe Abschreibungen auf Gebäuderechnung gemacht werden konnten, hat es der Aufsichtsrat für angemessen gehalten, auf diese eine Abschreibung von 15 100 M. vorzunehmen. Die übrigen Abschreibungen, hauptsächlich auf Ausstattungsabrechnung, sind auf 2293 M. bemessen, so daß also insgesamt 17 393 M. (i. V. 30 113 M.) für Abschreibungen verwandt wurden. Einschließlich 2114 M. (1221 M.) Vortrag ergibt sich ein Reingewinn von 11 045 M. (2114 M.), woraus 3 Proz. (9) Dividende gleich 7500 M. ausgeschüttet und restliche 3547 M. (2114 M.) vorgetragen werden sollen.

Rheinisch-Westfälisches Riegelsteinfabrik. Im Jahre 1908 verlor die Fabrik 366 028 054 Steine gegen 393 920 150 im Vorjahre. Die Beteiligung betrug 1 106 600 000 gegen 870 Mill.

Die Sächsische Tüllfabrik A. G. in Chemnitz-Kappel schlägt nach M. 129 278 (M. 226 310) Abschreibungen aus M. 331 863 (M. 21 882) Reingewinn 15 Prozent Dividende (i. V. 20 Proz.) vor, bei Rückstellungen von zusammen M. 56 324.

Der Aufsichtsrat der Sauerle Bank beschloß 4 Proz. Dividende (i. V. für 3 1/2 Monate 2 Prozent).

Der „Phönix“ verkaufte seine gesamten Terrains in Schwanau an die Waggonfabrik J. Gooßens in Korbach für 6124 M. 600 000.

Die Deutsche Gasfäbricht A. G. (Auergeellschaft) erklärte ein an der Berliner Nachbörse aufgetretenes Gerücht, die Gesellschaft habe einen großen Patentprozeß verloren, wodurch ihre ganz bedeutende Schadenersatzverpflichtungen erwachsen würden, für vollkommen un wahr. Die Gesellschaft hat weder einen Patentprozeß dieser Art verloren, noch ist sie überhaupt in irgend anderen Patentprozeß verwickelt, aus dem Schadenersatz-Ansprüche gegen sie hervorgehen könnten.

Die A. G. J. D. Kiesel in Berlin, die seit einiger Zeit in London eine Zweigniederlassung und in Petersburg eine Zweigfabrik hat, errichtet jetzt auch in Newyork und in Spdnach (Australien) Zweigniederlassungen. Die Aktien und Vorzugsaktien der Gesellschaft sind nur lieferbar mit den neuen Dividendenbogen, bei denen jeder einzelne Dividendenchein auf das jetzt mit dem Kalenderjahr übereinstimmende Geschäftsjahr lautet.

Preussische Rentenversicherungsanstalt Berlin W. 66, Kaiserhofstraße 2. Die Preussische Rentenversicherungsanstalt versichert nach dem Grundjage der Gegenseitigkeit Renten und Kapitalien für den Lebensfall; einer ärztlichen Untersuchung bedarf es dabei nicht. Ältere Personen, die in der Lage sind, eine mehr oder minder hohe Kapitaleinzahlung zu leisten, versichern am besten sofort beginnende Renten, womit si. eine sofortige Erhöhung ihres Einkommens erzielen; jüngere Personen dagegen finden in der Versicherung von aufgeschobenen Renten (Altersrenten) ein bewährtes Mittel, kleine Kapitalien oder ihre laufenden Ersparnisse für ihre Altersversorgung nutzbar zu machen. Der Kapitalversicherung endlich bedient man sich mit Vorteil, um Kindern eine Aussteuer oder die Mittel zum Studium, zum Militärdienst oder zum Beginn eines Geschäftes sicher zu stellen. Der Jahresbetrag der von der Anstalt zu zahlenden Renten übersteigt bereits 6 1/2 Millionen Mark. Die Zahlung erfolgt in sehr bequemer Art, je nach Vereinbarung mit der Anstalt gegen Rentencheine oder ohne solche. Im letzteren Falle wird die Rente innerhalb des Deutschen Reiches den volljährigen rentenberechtigten Mitgliedern portofrei zugelandet, ohne daß es der Verbringung eines Lebenszeugnisses bedarf. Neben dem Versicherungsgeschäft betreibt die Anstalt auf Grund ihrer Allerhöchst genehmigten Statuten eine öffentliche Sparkasse. Die Sparkasseneinlagen werden je nach der Fälligkeit mit 3-3/4 Proz. verzinst. Besondere Vorteile gewährt diese Sparkasse u. a. in sofern, als sie mit den Sparern auch durch die Post verkehrt und die Sparkassener zur Vermeidung der lästigen Hin- und Herbewegung für die Sparere in Verwahrung nimmt. Die Anstalt ist eine öffentliche Versicherungsanstalt.

Telegraphische Handelsberichte.

Bayerische 60 Millionen-Staatsanleihe.

Die kürzlich von einem bekannten Konjunktum unter Führung der Königl. bayerischen Bank zu 101,80 pCt. übernommene 60proz. bayerische Staatsanleihe im Betrage von 60 Mill. M. wird nunmehr zur Zeichnung aufgelegt. Zeichnungstellen sind in zahlreichen Städten geschaffen. Von der 60 Mill.-Anleihe, die bis zum 1. Mai 1918 un kündbar ist, entfallen lt. „Zeff. Zig.“ 40 Millionen auf Eisenbahn-Neubauten und Vervollständigung der Ausgaben für Eisenbahn-Neubauten und Beschaffung von Fahrmaterial, 20 Mill. auf allgemeine Anleihen zur Vervollständigung von Ausgaben für juristische Bauten, Post-, Telegraphen- und Telephonwesen.

Die Rammgraspingererei Neerlan verteilt 8 pCt. (i. V. 11 pCt.) auf die Aktien und 9 pCt. (i. V. 12 pCt.) auf die Vorzugsaktien. Die Ausschüttung für 1909 seien günstig. (Zeff. Zig.)

Die Oberrheinische Glasfabrik schlägt lt. „Zeff. Zig.“ 4 Proz. Dividende (i. V. 9 Proz.) vor.

Handels- und Verkehrsbank.

\* Hamburg, 19. Febr. Die Handels- und Verkehrsbank, früher Reichskommissionsbank, schlägt nach der „Zeff. Zig.“ für 1908 eine Dividende von 7 pCt. (i. V. 6 pCt.) vor.

Pommersche Versicherungsgesellschaft Straßburg-Verth.

\* Berlin, 19. Febr. Die Pommersche Versicherungsgesellschaft Straßburg-Verth verteilt 6 Prozent Dividende (i. V. 5 pCt.) (Zeff. Zig.)

Vom amerikanischen Roheisenmarkt.

\* London, 19. Febr. Nach den Berichten des „Ironmonger“ aus Philadelphia stagniert der amerikanische Roheisenmarkt. Ein großer Teil der niedrigen Aufträge wird zu niedrigem Preis eingeführt. Nr. 2 Nordhüttenroheisen ist um 25 Cents niedriger. Inzwischen wird das Geschäftsvolumen schwerlich umfangreich, um für die Beurteilung der Preise einen Anhalt zu bieten. Die Erzeugung und die Fabrikation ist weit voran, was Bedenken erregt. Der Stahl-Trust machte noch keine Anstalten, die Preise der Marktfrage abzugeben. (Zeff. Zig.)

Mannheimer Effektenbörse.

von 19 Februar. (Täglicher Bericht.)
Heute notierten: Pfälz. Hypothekbank-Aktien 192 B.

Table with columns: Aktien, Renten, Eisen, Zins, etc. listing various securities and their prices.

Berliner Effektenbörse.

(Privattelegramm des General-Anzeigers.)
w. Berlin, 19 Febr. (Fondsbörse.) Die Geschäftstätigkeit der Börsenwelt hat durch den weiteren Rückgang New Yorks...

Table with columns: Aktien, Renten, Eisen, Zins, etc. listing Berlin market data.

Pariser Börse.

Table with columns: Renten, Eisen, Zins, etc. listing Paris market data.

Londoner Effektenbörse.

Table with columns: Aktien, Renten, Eisen, Zins, etc. listing London market data.

Frankfurter Effektenbörse.

(Privattelegramm des General-Anzeigers.)
w. Frankfurt a. M., 19. Febr. (Fondsbörse.) Der ungünstige Verlauf der gestrigen New Yorker Börse...

Table with columns: Aktien, Renten, Eisen, Zins, etc. listing Frankfurt market data.

Table with columns: Aktien, Renten, Eisen, Zins, etc. listing Frankfurt market data.

Table with columns: Aktien, Renten, Eisen, Zins, etc. listing Frankfurt market data.

Table with columns: Aktien, Renten, Eisen, Zins, etc. listing Frankfurt market data.

Table with columns: Bank- und Versicherungsbörsen, listing bank and insurance market data.

Frankfurt a. M., 19. Februar. Kreditaktien 198.40, Diskontokommandi 187.80, Darmstädter 129.80, Dresdner Bank 151.50...

Diechmarkt in Mannheim vom 18. Februar. Antischer Bericht der Direktion: ES wurde bezahlt für 90 K. Schlachtkühe...

Heberische Schiffsfahrts-Telegramme. New-York, 16. Febr. (Drahtbericht der posten America-Union Rotterdam)...

Marx & Goldschmidt, Mannheim. Telegramm-Adresse: Marqod. Fernsprecher: Nr. 56 und 163.

Table with columns: Aktien, Renten, Eisen, Zins, etc. listing Frankfurt market data.

MERAN HABSBURGERHOF. L. RANGES. 2 MINUTEN VOM BAHNHOF. BEVORZUGTE LADEMOBILISTEN CONFORT. PREISE MASSIG. RESTAURANT. PROSPEKT.



